

### Putins Aufstieg zur Macht und seine ersten innenpolitischen Schritte

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (2000). *Putins Aufstieg zur Macht und seine ersten innenpolitischen Schritte*. (Berichte / BIOst, 29-2000). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41690>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>  
E-mail: [administration@biost.de](mailto:administration@biost.de)

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Die Entlassung Stepaschins und die Auswahl Putins .....	7
2. Jelzins Rücktritt .....	8
3. Die Biographie Putins.....	9
4. Putins Ansichten und politische Absichten .....	11
4.1 Innenpolitik.....	12
4.2 Wirtschaft.....	13
4.3 Außen- und Sicherheitspolitik .....	14
4.4 Einschätzung.....	15
5. Präsidentenwahl .....	16
6. Putins neue Leute.....	19
7. Präsident Putins erste innenpolitische Schritte.....	21
7.1 Rezentralisierungsinitiativen .....	21
7.1.1 Bildung Föderaler Bezirke.....	21
7.1.2 Geänderte Zusammensetzung des Föderationsrats .....	24
7.1.3 Auflösung von Regionalparlamenten und Absetzung von Republikpräsidenten/ Gouverneuren .....	25
7.1.4 Auflösung von örtlichen Parlamenten und Absetzung von Bürgermeistern.....	26
7.1.5 Bildung des Staatsrats.....	27
7.1.6 Einschätzung.....	28
7.2 Formierung der Medienlandschaft.....	30
7.2.1 Media-MOST: Wladimir Gussinskij .....	30
7.2.2 Boris Beresowskij .....	33
7.2.3 Einschätzung.....	34
7.3 Zurückdrängung der Oligarchen.....	34
7.3.1 INTERROS: Wladimir Potanin .....	34
7.3.2 LUKOIL: Wagit Alekperow .....	35
7.3.3 AWTOWAS: Wladimir Kadannikow .....	35
7.3.4 JEES Rossii: Anatolij Tschubajs .....	35
7.3.5 Runder Tisch.....	35
7.3.6 Einschätzung.....	36
8. Ausblick.....	36
Summary .....	39

10. Oktober 2000

**Eberhard Schneider**

## **Präsident Putin: Aufstieg zur Macht und erste innenpolitische Schritte**

Bericht des BIOst Nr. 29/2000

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

In der vorliegenden Studie wird versucht, Wladimir Putins Aufstieg zur Macht nachzuzeichnen und seine ersten politischen Schritte als Präsident zu beschreiben. Dabei stützt sich der Autor auf russische, amerikanische und deutsche Quellen. Ferner fließen in die Ausarbeitung Ergebnisse von Gesprächen ein, die er in Moskau mit Abgeordneten der Staatsduma, Mitgliedern des Föderationsrats, Vertretern des russischen Außenministeriums und Wissenschaftlern, u. a. aus der Umgebung Putins, geführt hat.

#### *Ergebnisse*

1. Der Vorgänger Wladimir Putins im Amt des Premiers, Sergej Stepaschin, ist vom damaligen Präsidenten Boris Jelzin nach erst dreimonatiger Amtszeit am 9. August 1999 entlassen worden, weil er a) im Vorfeld der Staatsdumawahl am 19. Dezember 1999 nicht bereit war, in Opposition zum Feind Nummer eins der Jelzin-"Familie", zu dem Moskauer Oberbürgermeister Jurij Lushkow und dessen neuer politischer Bewegung "Vaterland – Ganz Rußland", zu gehen, b) weil er nicht dem Wunsch Jelzins entsprach, vor der Staatsdumawahl Maßnahmen zu ergreifen, die zu einem Verbot der KPRF führen, und c) weil er nicht gewillt war, erneut gegen Tschetschenien militärisch vorzugehen. Jelzin berief Putin zum Premier und erhielt dafür problemlos die Zustimmung der Staatsduma.
2. Boris Jelzin trat am 31. Dezember 1999 als Präsident zurück, a) um Putin, den er für einen geeigneten Nachfolger hielt, über die Funktion eines Geschäftsführenden Präsidenten einen Amtsbonus für die Präsidentenwahl zu verschaffen, b) um den Termin der Präsidentenwahl drei Monate vorverlegen zu können, denn beim späteren normalen Wahltermin (Juni 2000) hätte Putin aufgrund der zu erwartenden Rückschläge in Tschetschenien an Popularität verlieren können, und c) um als Gegenleistung von Putin als Präsident per Erlaß lebenslange Immunität zu erhalten.
3. Putins Biographie wird bestimmt durch zwei Berufserfahrungen: zum einen durch seine Tätigkeit als Agent im Auslandsgeheimdienst bzw. später als Chef des Inlandsgeheimdienstes und zum anderen durch die Zusammenarbeit mit dem Reformoberbürgermeister von St. Petersburg, Anatolij Sobtschak. Putin formuliert als politische Ziele: Schaffung einer starken Staatsmacht, die effizient ist, auf Gesetzen basiert, föderativ organisiert ist

und von einer zivilen Gesellschaft, die es in Rußland erst in Ansätzen gibt, ausbalanciert wird. Die Amtszeit des Präsidenten solle auf sieben Jahre verlängert werden und die Wählbarkeit der Gouverneure erhalten bleiben. In Tschetschenien könne es nur eine politische Lösung geben, wobei für zwei Jahre dort die direkte Präsidialverwaltung vorzusehen sei. Putin stellt sich als eindeutiger Anhänger der Marktwirtschaft und des Privateigentums dar. Das Eingreifen in die wirtschaftlichen Abläufe solle sich nach dem Grundsatz richten "So viel Staat wie nötig, so viel Freiheit wie möglich". Rußland war, ist und wird eine Großmacht bleiben. Wenn die Europäische Union Interesse habe, könne das nächste Jahrzehnt zu höheren Formen der Zusammenarbeit zwischen Rußland und der EU führen. Wenn sich die NATO in eine politische Organisation verwandele und mit Rußland zusammenwirken wolle, könne über den NATO-Beitritt Rußlands gesprochen werden.

4. Putin erreichte bei der Präsidentenwahl bereits im ersten Wahlgang mit 52,9 Prozent die absolute Mehrheit gegen seine elf Gegenkandidaten. Die Wahlbeteiligung war mit 68,7 Prozent etwas geringer als 1996. Der Hauptgegner Putins, KPRF-Chef Gennadij Sjuganow, blieb mit 29,2 Prozent knapp unter seinem Resultat von 1996 (32,0 Prozent).
5. Inzwischen wurden Belege für massive Wahlfälschungen und Wählerbeeinflussung in verschiedenen Republiken und Gebieten bekannt. Vermutlich sollte dadurch bereits im ersten Wahlgang eine ausreichende Wahlbeteiligung (50 %) sichergestellt und ein Ergebnis von über 50 Prozent für Putin erreicht werden. Es ist fraglich, ob Putin dies selbst angeordnet hat, zumal diese Praktiken, sobald sie bekanntwerden, seinem Ruf als Demokrat am meisten schaden und er eine Stichwahl gegen Sjuganow mit hoher Wahrscheinlichkeit ohnehin gewonnen hätte.
6. Putin stellte seine neue Mannschaft aus Personen zusammen, die entweder aus St. Petersburg stammen und dort (1990-1996) mit ihm zusammengearbeitet haben (German Gref [Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel], Dmitrij Kosak [Stellv. Leiter der Präsidialadministration], Wladimir Koshin [Geschäftsführer des Präsidenten], Aleksej Kudrin [Stellv. Premier und Finanzminister], Dmitrij Medwedew [1. Stellv. Leiter der Präsidialadministration], Leonid Rejman [Minister für Kommunikation und Informatisierung], Jurij Schewtschenko [Gesundheitsminister], Igor Setschin [Kanzleichef des Präsidenten]) oder die aus dem Föderalen Sicherheitsdienst (FSB) kommen (Jurij Saostrowskij [Stellv. FSB-Chef]), den Putin von Juli 1998 bis August 1999 leitete. In einigen Fällen trifft sogar beides zu (Sergej Iwanow [Sekretär des Sicherheitsrats], Viktor Iwanow [Personalchef des Präsidenten], Nikolaj Patruschew [FSB-Chef], Viktor Tscherkessow [Generalgouverneur des Föderalbezirks Nord-West]). Beibehalten hat Putin in wichtigen Funktionen folgende Mitglieder der Jelzin-"Familie": Michail Kassjanow als Premier, Aleksandr Woloschin als Leiter der Präsidialadministration und Nikolaj Aksjonenko als Eisenbahnminister.
7. Die ersten politischen Initiativen des neuen Präsidenten bewegten sich bisher in drei Richtungen: Stärkung der Zentralgewalt auf Kosten der Regionen, Formierung einer kremlhörigen Medienlandschaft und Fernhalten der Oligarchen von der Politik. Mit seinem

Erlaß vom 13. Mai 2000 verringerte Putin die Vertreter des Präsidenten in den Föderationssubjekten von 89 auf sieben, die für größere Einheiten, sogenannte "Föderale Bezirke", zuständig sind. Diese entsprechen weitgehend den Militärbezirken. Von den sieben bevollmächtigten Vertretern des Präsidenten sind nur zwei Zivilisten, fünf kommen aus den Sicherheitsstrukturen Armee, Polizei und FSB. Um die Position der neuen Präsidentenvertreter aufzuwerten, wurden sie Mitglieder des Sicherheitsrats. Ferner wurde ihnen jeweils ein Stellvertretender Generalstaatsanwalt zugeordnet.

8. Durch die Neufassung des Gesetzes über die Bildung des Föderationsrats vom 5. August 2000 erreichte Putin, daß statt der Republikpräsidenten bzw. Gouverneure und der Vorsitzenden der regionalen Parlamente nur noch deren Vertreter dem Föderationsrat angehören und dort als Vollzeitparlamentarier tätig sind. Die Ergänzung des Gesetzes über die exekutiven und gesetzgebenden Organe der Regionen vom 29. Juli 2000 ermächtigt den Präsidenten, in bestimmten Fällen und in einem recht komplizierten Verfahren Republikpräsidenten sowie Gouverneure abzusetzen und die Auflösung regionaler Parlamente zu veranlassen. Ergänzungen des Gesetzes über die örtliche Selbstverwaltung vom 4. August 2000 geben dem Präsidenten das Recht, nach einem festgelegten Verfahren die Auflösung örtlicher Volksvertretungen zu verlangen und die Leiter der örtlichen Selbstverwaltung, also die Bürgermeister, abzusetzen, wenn gerichtlich festgestellt wurde, daß sie normative Rechtsakte verabschiedet bzw. erlassen haben, die der föderalen Verfassung oder den föderalen Gesetzen widersprechen.
9. Am 1. September 2000 bildete Putin per Erlaß einen Staatsrat, dem alle 89 Präsidenten und Gouverneure der Föderationssubjekte angehören. Dieser neue Staatsrat, der ebenso wie sein siebenköpfiges Präsidium vom Präsidenten geleitet wird, wiegt die Entmachtung des Föderationsrats bei weitem nicht auf. Er gibt den Präsidenten und Gouverneuren die Möglichkeit, sich wenigstens viermal im Jahr in Moskau zu Beratungen zu treffen. Da der Staatsrat nur beratende Funktion hat, war eine Änderung der Verfassung, die das neue Organ nicht kennt, nicht erforderlich.
10. Putin versucht offensichtlich eine Stärkung der Zentralgewalt hart am Rand schwer erreichbarer Verfassungsänderungen durchzusetzen. Aber selbst wenn durch die Einrichtung der sieben Föderalen Bezirke Separationstendenzen einzelner Föderationssubjekte eingedämmt werden können, so ist doch nicht auszuschließen, daß die neuen Präsidentenvertreter (Generalgouverneure) mit ihren mehrere Föderationssubjekte umfassenden Föderalen Bezirken eines Tages versuchen werden, sich von Moskau zu entfernen.
11. Der Erlaß Putins über die Föderalen Bezirke und die neuen Gesetze sollen ein wirksames Instrument zur Beseitigung der Widersprüche zwischen föderalem und regionalem Recht schaffen, was für das normale Funktionieren eines Rechtsstaats nötig ist. Zugleich verliert das demokratisch legitimierte Verfassungsorgan Föderationsrat an Bedeutung. Zudem sind die Vertreter des regionalen Präsidenten bzw. Gouverneurs nicht demokratisch legitimiert.



12. Ein zweites wichtiges innenpolitisches Ziel Putins besteht offenbar in der Zähmung einflußreicher kremlkritischer Medien: Der Medienmagnat Wladimir Gussinskij, dem mehrheitlich der verschuldete Medienkonzern Media-MOST gehört, sollte gezwungen werden, seine Anteile am kremlkritischen Fernsehsender NTV und an Media-MOST an GASPRO-Media zu verkaufen, der im Besitz des halbstaatlichen GASPRO-Konzerns ist. Der Medienmagnat Boris Beresowskij wurde ultimativ aufgefordert, seine Anteile am Ersten Russischen Fernsehen (ORT) an den Staat zu abzutreten. Beide Versuche sind bisher gescheitert. Es gibt ernste Anzeichen dafür, daß der Kreml versucht, eine "lenkbare Demokratie" aufzubauen, die die Herstellung totaler Kontrolle über die Massenmedien anstrebt. Dabei ist durchaus denkbar, daß es zunächst weiterhin freie Zeitungen gibt, die ohnehin nur noch in relativ kleinen Auflagen erscheinen, daß aber die landesweiten Sendungen großer Fernsehanstalten als die wichtigsten Massenkommunikationsmittel zunehmend der Kontrolle des Kreml unterworfen werden.
13. Ein drittes wichtiges Vorhaben Putins ist die Zurückdrängung des politischen Einflusses der Oligarchen, wobei die Justiz, die Steuerpolizei und das Instrument der Schuldeneintreibung eingesetzt werden.
14. Putin bewegt sich im Machtfeld autoritär orientierter politischer Kräfte, die er ausbalancieren muß. Die Frage bleibt, ob er auf Dauer der Versuchung widerstehen wird, diesen autoritären Kräften nachzugeben und ob sich in der politischen Elite Menschen finden, die ihn dabei unterstützen. Der für die Jelzin-Zeit typische Gegensatz Präsident-Parlament (Staatsduma) besteht unter Putin nicht mehr. Es besteht die Chance, daß Reformgesetze, die in der bisherigen Staatsduma keine Mehrheit fanden, im neuen Parlament verabschiedet werden.

## 1. Die Entlassung Stepaschins und die Auswahl Putins

Voraussetzung für die Berufung Wladimir Putins als Premier war die Entlassung seines Amtsvorgängers Sergej Stepaschin durch Boris Jelzin am 9. August 1999. Die Gründe für die Entlassung Stepaschins nach nur drei Monaten Amtszeit sind in der russischen Innenpolitik zu suchen und zeigen zugleich deren wichtigste Probleme auf: Stepaschin nahm im Vorfeld der Staatsdumawahl am 19. Dezember 1999 eine parteipolitisch neutrale Haltung ein und war nicht bereit, in Opposition zu Moskaus Oberbürgermeister Jurij Lushkow zu gehen. Lushkow, der die Bewegung "Vaterland – Ganz Rußland" leitete, galt als Hauptfeind der Jelzin-"Familie". Man befürchtete, daß er im Jahr 2000 als Premier unter einem Präsidenten Primakow die Privatisierungsverfahren ab 1993 genau untersuchen lassen würde, von denen u.a. Beresowskij – der Finanzier der Präsidenten-"Familie" – profitiert hatte. Lushkow hätte möglicherweise auch die Antikorruptionskampagne des ehemaligen Premiers Jewgenij Primakow fortsetzen können, die selbst vor der Jelzin-"Familie" nicht haltgemacht hätte. Lushkow wäre wohl auch nicht bereit gewesen, Jelzin und seiner "Familie" nach dem Ende der Präsidentschaft lebenslänglich besondere Privilegien zu gewähren.

Stepaschin kam auch nicht dem Wunsch Jelzins nach, vor der Staatsdumawahl im Dezember 1999 Maßnahmen zu einem Verbot der Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation (KPRF) zu ergreifen, so daß die Partei nicht mehr zur Wahl hätte antreten können und der Präsident bei seinen Reformvorhaben nicht mehr von der lästigen Opposition in der Staatsduma gebremst werden würde. Schon seit Jahren hatten Jelzin und in seinem Auftrag die Präsidialadministration vergeblich nach Wegen gesucht, das Listenwahlrecht abzuschaffen und damit den Kommunisten die Möglichkeit zu entziehen, eine Fraktion bilden zu können.<sup>1</sup>

Die Ablösung Stepaschins hing vermutlich auch mit der für den Kreml bedenklichen Popularität des ehemaligen Premiers Jewgenij Primakow zusammen. Nach damaligen Umfragen sprachen sich 26 Prozent der Befragten für Primakow aus, aber nur 13 Prozent für dessen Nachfolger Stepaschin.<sup>2</sup>

Ferner war Stepaschin nicht gewillt, erneut militärisch gegen Tschetschenien vorzugehen. Er hatte noch deutlich den ersten Tschetschenienkrieg 1994-1996 in Erinnerung, in den er in seiner damaligen Funktion als FSB-Chef verwickelt war. Am 7. August 1999 erklärte Stepaschin in Uljanowsk als Reaktion auf islamistisch-fundamentalistische Übergriffe von Tschetschenien aus auf Dagestan gegenüber Reportern, Rußland solle seine Fehler im Nordkaukasus nicht wiederholen, und keine weiteren Soldaten sollten dort sterben.<sup>3</sup> Am übernächsten Tag wurde Stepaschin von Jelzin als Premier entlassen.

---

<sup>1</sup> Gespräche des Autors mit Abgeordneten der Staatsduma und in der Präsidialadministration in den Jahren 1994-1999.

<sup>2</sup> XINHUA, 5.8.1999. Johnson's Russia List Nr. 3424, 6.8.1999.

<sup>3</sup> REUTERS, 7.8.1999. Johnsons's Russia List Nr. 3427, 7.8.1999.

Für den Westen war es völlig überraschend, als der damalige Präsident Boris Jelzin am 14. August 1999 den Chef des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, Wladimir Putin, zum Premier ernannte. Putin soll von Jelzin zusammen mit Boris Beresowskij, Alexander Woloschin (Leiter der Präsidialadministration), Roman Abramowitsch (mit Beresowskij verbundener Vorsitzender des Direktorenrats der Ölgesellschaft Sibneft und zugleich Staatsdumaabgeordneter), Alexander Mamut (Abramowitschs Juniorpartner) und Gleb Pawlowskij (Leiter des "Zentrums für effiziente Politik") ausgesucht worden sein.<sup>4</sup> In einem Interview erklärte Jelzin, er habe Putin wegen seiner Gründlichkeit, Klarheit und Zielstrebigkeit ausgewählt. Aber erst nach dem vierten Gespräch war Putin bereit, das Angebot Jelzins anzunehmen. Im selben Interview zitierte Jelzin das Urteil des amerikanischen Präsidenten Clinton über Putin, er sei ein Politiker mit wenig Seele.<sup>5</sup>

## **2. Jelzins Rücktritt**

Der Rücktritt des russischen Präsidenten Boris Jelzin am 31. Dezember 1999 kam eigentlich nicht überraschend. Bereits am 12. September gab es in Moskau Hinweise darauf, daß Jelzin am 19. September 1999 zurücktreten werde, so daß am 19. Dezember nicht nur die Staatsduma, sondern auch der Präsident gewählt werden würde. Denn die Verfassung schreibt bei einer vorzeitigen Beendigung der Amtszeit des Präsidenten dessen Neuwahl innerhalb von drei Monaten vor. Angeblich sei der Rücktrittserlaß damals schon fertig gewesen und hätte nur noch von Jelzin unterschrieben werden müssen.

Ziel des Rücktritts von Jelzin war es offenbar, Putin auf jede Weise den Weg ins Präsidentenamt zu ebnen. Dazu war es außerordentlich hilfreich, daß Putin einige Monate vor der Wahl bereits das Amt des Geschäftsführenden Präsidenten ausübte. Dieser Amtsbonus verschaffte ihm einen deutlichen Vorsprung vor allen anderen Kandidaten. Als eine Gegenleistung Putins ist wohl zu werten, daß er in seinem ersten Erlaß noch am 31. Dezember 1999 dafür sorgte, daß Jelzin lebenslange Immunität erhielt. Ihm wurde auch eingeräumt, einen entsprechenden Apparat zu unterhalten, den Sicherheitsdienst in Anspruch zu nehmen und kostenlos die Regierungs-datscha sowie die öffentlichen Transportmittel benutzen zu dürfen. Er erhielt als

---

<sup>4</sup> Siegl, Elfie, Putin und die Oligarchen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.7.2000.

<sup>5</sup> Jelzin in einem Fernsehinterview am 9.10.2000.

Pension 75 Prozent des Präsidentengehalts. Außerdem werden er und seine Familie kostenlos medizinisch versorgt.<sup>6</sup>

Daß Jelzin tatsächlich am Silvestertag zurücktrat – Jelzin sagte in seiner Rücktrittsrede, er habe lange und quälend über diesen Schritt nachgedacht<sup>7</sup> –, ist wohl auch das Ergebnis des Drängens seiner "Familie". Ihnen war offensichtlich klar, daß die Popularität Putins bisher nur auf seiner streng antitschetschenischen Haltung und seinem harten Vorgehen im Tschetschenienkrieg beruhte. Sonstige politische Inhalte hatte Putin bis dahin nicht erkennen lassen. Es wäre fraglich gewesen, ob sich die Popularität eines Premiers Putin bis zum 4. Juni 2000, dem regulären Wahltermin für die Präsidentenwahl, hätte aufrechterhalten lassen.

Hinzu kam offensichtlich die Überlegung, daß das auch für die Administration des Präsidenten überraschend gute Abschneiden der neuen "Partei der Macht" unter dem Namen "Bär" bei Staatsdumawahl 1999<sup>8</sup> politisch ausgenutzt werden sollte. "Bär" hatte kein politisch-inhaltliches Programm. Daß diese politische Bewegung bei der Staatsdumawahl so viele Stimmen bekam, war Folge der Äußerung Putins, daß er als Premier parteipolitisch neutral sei, als Bürger aber "Bär" wählen würde.

### 3. Die Biographie Putins

Wladimir Wladimirowitsch Putin<sup>9</sup>, wurde am 7. Oktober 1952 in Leningrad geboren. Sein Großvater väterlicherseits arbeitete u.a. als Koch für Lenin und später für Stalin. Putins Vater Wladimir war Arbeiter und beteiligte sich als Jugendlicher aktiv an sowjetischen antireligiösen Kampagnen. Seine Mutter Maria arbeitete als Sekretärin, später als Putzfrau und Nachtwächterin. Die Familie lebte in Leningrad in einer Gemeinschaftswohnung. Wegen seines

---

<sup>6</sup> Text in: Rossijskaja gazeta, 5.1.2000. Im April 2000 beantragten 98 Abgeordnete der Staatsduma beim Verfassungsgericht eine Überprüfung dieses Dekrets. Sie kritisieren vor allem dessen ersten Punkt, in dem dem ehemaligen Präsidenten Immunität gewährt wird. Das bedeute, er dürfe nicht zur strafrechtlichen oder administrativen Verantwortung gezogen werden, dürfe weder festgenommen noch verhaftet, weder durchsucht, verhört oder einer persönlichen Leibesvisitation unterzogen werden. Die Immunität Jelzins erstreckte sich nicht nur auf seine Person, sondern ferner auf seine Wohnung, seine Diensträume, auf die von ihm genutzten Transport- und Kommunikationsmittel sowie auf die ihm gehörenden Dokumente, auf sein Gepäck und seine Post. Dies widersprach nach Auffassung der Abgeordneten Verfassungsartikel 19, nach dem alle Menschen vor dem Gesetz und vor Gericht gleich sind (Absatz 1), unabhängig von ihrer Amtsstellung (Absatz 2). Die in Artikel 91 festgeschriebene Immunität des Präsidenten erstreckte sich nicht auf die Person, die früher einmal das Amt des Präsidenten ausgeübt hat. Dieser Antrag ist dem Vernehmen nach erst im Juli 2000 zur Erörterung angenommen worden. Es ist offensichtlich, daß es das Gericht nicht eilig hat, die politisch sensitive Frage der Immunität Jelzins zu entscheiden.

<sup>7</sup> Text in: Rossijskaja gazeta, 5.1.2000.

<sup>8</sup> Vgl. zu Staatsdumawahl: Schneider, Eberhard, Die russische Staatsdumawahl 1999. Berichte des BIOst 3-2000. Šejnis, Viktor, Wie Rußland gewählt hat. Zum Fazit der Parlaments- und Präsidentenwahlen Dezember 1999/März 2000, in: Osteuropa, 7, 2000, S. 758-778.

<sup>9</sup> Hauptquellen: Informacionno-ekspertnaja gruppa "Panorama" (Hrsg.), Gipertekstovaja baza dannych "Labirint". Schulz-Torge, Ulrich-Joachim (Hrsg.), Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Loseblattsammlung. Swisttal 1993 ff. Ot pervogo lica. Razgovory s Vladimirom Putinyom. Moskau 2000. Rahr, Alexander, Wladimir Putin. Der "Deutsche" im Kreml. München 2000. Seiffert, Wolfgang, Wladimir W. Putin. Wiedergeburt einer Großmacht? München 2000.

schlechten Benehmens – er lief von zu Hause weg und machte mit anderen Straßenkindern seine Wohngegend unsicher – wurde ihm in den ersten Jahren der Eintritt in die Pionierorganisation verwehrt. In den oberen Klassen wurde Putin fleißiger und schrieb sich freiwillig für das Fach Deutsch ein.

1975 beendete Putin sein Jurastudium an der Leningrader Staatlichen Universität. Einer seiner Dozenten war der spätere Reformpolitiker Anatolij Sobtschak, bei dem Putin einige Zeit Assistent war. Anschließend konnte er seinen Jugendtraum verwirklichen, beim KGB zu arbeiten. Voraussetzung dafür war 1976 die Absolvierung eines Speziallehrgangs des KGB in Moskau. Er wurde dann der Eliteabteilung des KGB, der Ersten Hauptverwaltung (Auslandsaufklärung), zugewiesen, in der er bis 1990 tätig war.

1984 absolvierte Putin eine Spezialausbildung an der KGB-Hochschule in Moskau und zog ein Jahr später nach Dresden. Seine Hauptaufgabe war es – neben der Beobachtung und Analyse der Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland –, ausreisewillige DDR-Bürger für den KGB anzuwerben. Als Gegenleistung versprach er, ihren Ausreisewunsch bei der Stasi zu unterstützen. Um weitere Kontaktpersonen zu finden, fuhr Putin regelmäßig zur Leipziger Messe. Diese Dresdner Jahre bezeichnete später seine Frau, die aus Königsberg stammt, an der Philologischen Fakultät der Leningrader Staatlichen Universität Romanistik studiert hat und ebenfalls Deutsch spricht, als die schönsten ihres Lebens. In dieser Zeit konnte Putin seine Deutschkenntnisse perfektionieren.

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in der DDR, den er vor Ort verfolgen konnte, wurde Putin 1990 nach Moskau zurückberufen. Im Rang eines KGB-Oberstleutnants schied er aus dem KGB aus und wurde zunächst Referent für internationale Fragen des Prorektors der Leningrader Staatlichen Universität – eine Aufgabe, die unter KGB-Aufsicht wahrgenommen werden mußte. Noch im selben Jahr wurde er Berater Sobtschaks in dessen damaliger Funktion des Vorsitzenden des Leningrader Stadtsowjets. Nach der ersten freien Wahl von Sobtschak zum Oberbürgermeister von St. Petersburg 1991 wurde Putin Vorsitzender des Komitees für Auslandsbeziehungen der Stadt und ab 1994 zusätzlich einer der drei Ersten Stellvertreter Sobtschaks. Putin wurde die rechte Hand Sobtschaks, der praktisch keine Entscheidung ohne vorherige Beratung mit Putin gefällt haben soll. Putin trug angeblich seinen Teil dazu bei, daß sich verschiedene westliche Firmen in St. Petersburg ansiedeln konnten. Im Rahmen des Besuchsprogramms der Städtepartnerschaft Leningrad/St. Petersburg – Hamburg reiste Putin oft in die Hansestadt.

1995 wurde Putin parteipolitisch tätig und übernahm die Leitung der St. Petersburger Regionalorganisation von Tschernomyrdins Bewegung "Unser Haus Rußland" (UHR). Er organisierte für UHR in St. Petersburg den Wahlkampf für die Staatsdumawahl im Dezember 1995. Ein Jahr später wurde Sobtschak als Oberbürgermeister in St. Petersburg nicht wiedergewählt. Statt in einen Konzern einzusteigen, was für Putin in St. Petersburg nicht schwierig gewesen wäre, reichte er beim Bergbauinstitut in St. Petersburg seine Doktorarbeit zum Thema "Strategische Planung der Erneuerung der Rohstoffbasis einer Region auf der Grundlage der Herausbildung von marktwirtschaftlichen Beziehungen" ein.

Nach Sobtschaks Wahlniederlage 1996 ging Putin als Stellvertretender Kanzleichef des Präsidenten (zuständig u.a. für den Besitz des Kreml und damit Jelzins und seiner Familie) nach Moskau. 1997 wurde er zum Leiter der Kontrollverwaltung der Administration des Präsidenten im Range eines Stellvertretenden Leiters der Präsidialadministration befördert. In dieser Funktion hatte er die praktische Umsetzung der Gesetze und der Präsidentenerlasse im ganzen Land zu überwachen. Zugleich wurde er 1997 Mitglied der Sicherheitsratskommission für wirtschaftliche Sicherheit.

Im Mai 1998 stieg Putin – allerdings nur für drei Monate – zum Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration auf mit der Zuständigkeit "Arbeit mit den Regionen". In dieser Funktion leitete er die Abfassung von Verträgen über die Kompetenzenabgrenzung zwischen Moskau und den Regionen. Im Juli 1998 übertrug ihm Jelzin die Leitung des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB), des KGB-Nachfolgeorgans für das Inland. Putin reorganisierte die Lubjanka, den Sitz des FSB. In diese Zeit fiel eine Reihe politischer Skandale, die auf eine Beteiligung des FSB schließen ließen. Dazu gehörten die Verfolgung von Umweltschützern, die den katastrophalen Zustand der ausgemusterten Atom-U-Boote mit noch aktiven Kernreaktoren öffentlich gemacht hatten, sowie der Skandal um die Entlassung des Generalstaatsanwalts Jurij Skuratow, der mit kompromittierendem Material belastet wurde, nachdem er Ermittlungen gegen die engere Umgebung des Präsidenten eingeleitet hatte.

Im März 1999 übertrug Jelzin Putin zusätzlich die Aufgabe des Sekretärs des Sicherheitsrats, dem er seit Oktober 1998 als ständiges Mitglied angehörte. 1999 reiste Putin fünfmal nach Spanien und verbrachte dort Wochenenden im Haus von Beresowskij neben Häusern von mafiaverdächtigen Personen an der Sotogrande-Küste im Südwesten des Landes. Putin flog nach Gibraltar und segelte in spanischen Gewässern, ohne den spanischen Behörden seine Anwesenheit mitzuteilen, wozu er gesetzlich verpflichtet gewesen wäre.<sup>10</sup>

Nach der Entlassung Stepaschins ernannte Jelzin Putin am 9. August 1999 zum Geschäftsführenden Regierungschef, angeblich auf Fürsprache von Tschubajs. Zugleich empfahl der Präsident Putin als seinen Wunschnachfolger im Präsidentenamt. Putin gab auch sofort seine Bewerbung um das höchste Staatsamt bekannt. Am 16. August 1999 wurde er, nachdem seine Nominierung die von der Verfassung vorgeschriebene Zustimmung der Staatsduma erhalten hatte, von Jelzin zum Regierungschef ernannt. Nach Jelzins Rücktritt am 31. Dezember 1999 wurde er Amtierender Präsident. Am 26. März wurde er bereits im ersten Wahlgang zum Präsidenten gewählt.

#### **4. Putins Ansichten und politische Absichten**

Für Putins Wahlkampf um das Präsidentenamt war kennzeichnend, daß er relativ wenig von seinem politischen Programm – falls er überhaupt über ein solches verfügte – erkennen ließ. Putin ist wohl weniger ein Politiker als ein Exekutor, der perfekt das ausführt, was ihm aufgetragen wird. Nun muß er als Politiker selbst die Vorgaben machen. Man hat ihn mit einem

---

<sup>10</sup> The Times, 15.6.2000. Johnson's List, Russia List, 21.6.2000.

Schauspieler verglichen, der sich plötzlich auf einer Bühne findet und nicht weiß, welche Rolle er in welchem Stück spielen soll. Da er den Text nicht kennt, ist er auf den Souffleur angewiesen. Doch am Bühnenrand befinden sich viele Souffleurkästen, aus denen ihm unterschiedliche Texte souffliert werden, so daß er nicht weiß, auf welchen Souffleur er hören soll.

In einem offenen Brief an die Wähler nannte Putin Ende Februar 2000 folgende politische Prioritäten: Besiegung der Armut, Schutz des Marktes vor ungesetzlichen Machenschaften von Beamten und Kriminellen, Erneuerung der persönlichen Würde der Bürger auf der Grundlage einer hohen nationalen Würde des Landes, eine von den nationalen Interessen geleitete Außenpolitik Rußlands.<sup>11</sup> Darüber hinaus gibt es Äußerungen Putins zu folgenden Punkten:

#### **4.1 Innenpolitik**

Nach Putin kommt für Rußland nur ein demokratischer Entwicklungsweg in Frage.<sup>12</sup> Zugleich strebt er eine "starke Staatsmacht" an, zieht aber inzwischen die Formulierung "effizienter Staat" vor.<sup>13</sup> "Eine starke Staatsmacht in Rußland ist ein demokratischer, auf Gesetzen basierender, arbeitsfähiger, föderativer Staat." Um eine starke Staatsmacht zu erreichen, bedarf es nach Putin:

- einer stromlinienförmigen Strukturierung des Staatsapparats, dessen höherer Professionalität, vermehrter Disziplin und Verantwortung und eines verstärkten Kampfes gegen Korruption;
- der Auswahl der Staatsbediensteten aus den besten Köpfen;
- der Schaffung von Voraussetzungen für den Aufbau einer vollwertigen Zivilgesellschaft, um die Macht auszubalancieren und zu überwachen;
- der Aufwertung der Rolle und der Autorität der Justiz;
- der Verbesserung der föderativen Beziehungen, auch in der Sphäre des Haushalts und der Finanzen;
- der Bekämpfung der Kriminalität.<sup>14</sup>

Putin möchte, daß sich in Rußland eine wirkliche Bürgergesellschaft herausbildet.<sup>15</sup> Er bezeichnete die freien Massenmedien als Garanten gegen den Rückfall in den Totalitarismus und für die Entwicklung einer freien Gesellschaft.<sup>16</sup>

---

<sup>11</sup> Komsomols'kaja pravda, 25.2.2000.

<sup>12</sup> Ot pervogo lica, a.a.O., S. 155 f.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 163 f. Vgl. dazu: Ignatow, Assen, Die ideologischen Koordinaten von Waldimir Putin. Ein Mann ohne Ideen oder ein Mann mit allen Ideen. Aktuelle Analysen des BIOst, 34, 2000.

<sup>14</sup> Putin, Vladimir, Rossija na rubeže tysjačletij, in: Nezavisimaja gazeta, 30.12.1999

<sup>15</sup> Ebenda.

<sup>16</sup> Interview Putins im Ersten Russischen Fernsehen (ORT) am 8.2.2000.

Putin schließt eine Änderung der Vollmachten des Präsidenten nicht aus, doch müsse diese Frage sehr aufmerksam betrachtet werden. Er hält die Amtsperiode des Präsidenten von vier Jahren für zu kurz: im ersten Jahr würden die Ziele formuliert und das Kommando zusammengestellt, in den nächsten zweieinhalb Jahren würden etappenweise konkrete Resultate erzielt, am Ende des dritten und am Anfang des vierten Jahres werde das Erreichte vorgestellt und der nächste Wahlkampf vorbereitet.<sup>17</sup>

Putin hat sich für die Erhaltung der Wählbarkeit der Gouverneure und der Organe der örtlichen Selbstverwaltung ausgesprochen. Zwischen beiden sei aber eine Balance zu finden. Es müsse jedoch die Möglichkeit geschaffen werden, gegen korrupte Gouverneure Sanktionen zu verhängen. Die Föderationssubjekte sollten nicht über unterschiedliche Möglichkeiten für die Erhebung von Abgaben verfügen.<sup>18</sup> Putin möchte einen wirklichen Budgetföderalismus schaffen.<sup>19</sup> Gemeint ist damit offensichtlich die klare und festgelegte Aufteilung der Steuereinnahmen, der adäquate Ausgleich der Steuereinnahmen zwischen den Regionen und die Finanzierung nationaler Programme in den strukturschwachen Gebieten.

In Tschetschenien müsse ein Kompromiß gefunden werden, wozu er bereit sei. Für anderthalb bis zwei Jahre werde in Tschetschenien die direkte Präsidialverwaltung eingeführt, was inzwischen geschehen ist.<sup>20</sup> Auf jeden Fall solle in Tschetschenien auf Dauer eine Division stationiert werden.<sup>21</sup>

#### **4.2    *Wirtschaft***

Putin hat sich als eindeutiger Anhänger der Marktwirtschaft und des Privateigentums, auch an Grund und Boden, dargestellt. Putin möchte in Rußland jährliche Wachstumsraten von 8 Prozent (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf) erreichen, damit das Land in 15 Jahren das heutige Wirtschaftsniveau von Spanien und Portugal erreicht.<sup>22</sup>

Putin sieht sein Vorbild in der pragmatischen und erfolgreichen Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards.<sup>23</sup> Die Beziehung des Staates zur Wirtschaft soll sich nach dem Prinzip richten: "So viel Staat wie nötig, so viel Freiheit wie möglich." Putin ermuntert zu Investitionen, wobei die reinen Marktmechanismen mit den Methoden staatlicher Führung zu kombinieren seien.<sup>24</sup>

In seiner Industriepolitik möchte Putin die exportorientierte High-Tech-Produktion fördern und die Exportmöglichkeiten des Öl-, Energie- und Rohstoffkomplexes stützen.<sup>25</sup>

Putin will ein wirksames Finanzsystem schaffen. Dazu gehöre:

---

<sup>17</sup> Ot pervogo lica, a.a.O., S. 167.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 165.

<sup>19</sup> Putin, Vladimir, Rossija na rubeže tysjačletijj, in: Nezavisimaja gazeta, 30.12.1999.

<sup>20</sup> Ot pervogo lica, a.a.O., S. 153 ff.

<sup>21</sup> Interview Putins im Ersten Russischen Fernsehen (ORT) am 8.2.2000.

<sup>22</sup> Putin, Vladimir, Rossija na rubeže tysjačletijj, in: Nezavisimaja gazeta, 30.12.1999.

<sup>23</sup> Ot pervogo lica, a.a.O., S. 175.

<sup>24</sup> Putin, Vladimir, Rossija na rubeže tysjačletijj, in: Nezavisimaja gazeta, 30.12.1999.

<sup>25</sup> Ebenda.



- die Steigerung der Effizienz des Haushalts als Hauptinstrument staatlicher Wirtschaftspolitik;
- die Durchführung einer Steuerreform;
- die Aufhebung pseudomonetärer Zahlungsformen wie z.B. von Bartergeschäften;
- die Erhaltung der Stabilität des Rubels;
- die Schaffung zivilisierter Finanz- und Aktienmärkte.

Putin strebt eine moderne Landwirtschaftspolitik an, die staatliche Unterstützung und Regulierung organisch mit Marktformen verbindet. Eine neue Einkommenspolitik soll zu einer Steigerung der Realeinkommen der Bevölkerung führen.<sup>26</sup>

Putin möchte eine bessere Integration Rußlands in die Weltwirtschaft erreichen. Zu diesem Zweck sollen:

- eine Föderale Agentur zur Unterstützung des Exports gegründet und die Exportverträge russischer Produzenten mit staatlichen Garantien gestützt werden;
- eine Anti-Dumping-Gesetzgebung verabschiedet werden;
- die Integration Rußlands in die Welthandelsorganisation vorangetrieben werden.<sup>27</sup>

Putin will eine Wirtschaftsstruktur schaffen, die ein optimales Gleichgewicht der Finanz-Industrie-Gruppen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen sichert. Die natürlichen Monopole (Strom, Gas, Öl) sollen eine "rationale Regulierung" erfahren.<sup>28</sup>

#### **4.3 Außen- und Sicherheitspolitik**

Für Putin war und ist Rußland eine Großmacht und wird eine Großmacht bleiben.<sup>29</sup> Er möchte nicht, daß das Land in der internationalen Gemeinschaft isoliert ist.<sup>30</sup> Die Rolle Europas war und bleibt für ihn einzigartig, denn der Kontinent ist die Wiege der Demokratie und der Zivilisation. Ohne Europa sei die effiziente Lösung keines einzigen ernststen Problems in der Welt denkbar. Deshalb müsse Europa stark, stabil und demokratisch sein. Rußland ist für Putin ein nicht abtrennbarer Teil Europas. Es dürfe sich nicht in Konfrontation zu Europa entwickeln, wie es in den Jahren des Kalten Kriegs der Fall war, sondern mit ihm.<sup>31</sup> Wenn die EU Interesse zeigt, könnte das nächste Jahrzehnt eine "Zeit der praktischen Arbeit zur Schaffung neuer, höherer Formen der Zusammenarbeit zwischen Rußland und der EU werden".<sup>32</sup>

---

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> Ebenda.

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> Ebenda.

<sup>30</sup> Interview Putins in: Financial Times, 11.12.1999.

<sup>31</sup> Interview Putins in: Welt am Sonntag, 11.6.2000.

<sup>32</sup> Putin, Wladimir, Der Westen darf nicht Sieger spielen, in: Süddeutsche Zeitung, 23.12.1999.

Putin sprach sich für die Ratifizierung des START-II-Abkommens aus, die inzwischen auch erfolgt ist, aber gegen eine Änderung oder gar Aufkündigung des ABM-Vertrags.<sup>33</sup> Auf einer Konferenz zur Atomenergie am 31. März 2000 in Sneschinsk im Ural trat er für die Erhöhung des Abschreckungspotentials der russischen Atomwaffen ein. Dabei solle aber nicht die Zahl der Atomwaffen vermehrt, sondern ihr Abschreckungspotential effizienter gestaltet werden.<sup>34</sup>

Putin beunruhigen die Versuche, die NATO ins Zentrum des sich formierenden europäischen Sicherheitssystems zu stellen. Dadurch werde die Rolle der OSZE objektiv geschwächt, die für die ausbalancierte Garantie der Interessen ausnahmslos aller europäischen Staaten von entscheidendem Gewicht sei.<sup>35</sup> Rußland fühle sich nicht als vollwertiger Teilnehmer des NATO-Entscheidungsprozesses.<sup>36</sup> Wenn sich die NATO in eine politische Organisation verwandele und mit Rußland zusammenwirken wolle, dann könne über einen NATO-Beitritt Rußlands gesprochen werden.<sup>37</sup>

#### **4.4    *Einschätzung***

Anstoß erregte Putin vor allem mit seinem Ruf nach einem starken Staat. Angesichts der jüngsten Geschichte Rußlands ist dieses Bestreben verständlich. Zu Zeiten der Sowjetunion führte die KPdSU das Land. Sie fällt auf allen Ebenen die politischen Entscheidungen und bereitete sogar deren operative Umsetzung vor, die vom Staatsapparat ausgeführt werden mußte. Dazu war die Partei in der Lage, da sie auf allen Ebenen durch die Einrichtung entsprechender Abteilungen im Parteiapparat den Staatsapparat dupliziert hatte. Der Staatsapparat mußte sich bei seinen Entscheidungen immer bei der Partei vorher rückversichern. Nach dem Verbot der KPdSU durch Jelzin im Herbst 1991 und der Auflösung des Parteiapparats richteten sich alle Leitungsanforderungen nun an den Staatsapparat, der durch die teilweise Übernahme ehemaliger Parteifunktionäre noch weiter aufgebläht wurde und meist nur aus Personen zweiter Wahl bestand, weil die besten Kader von der Partei vereinnahmt worden waren. Viele Russen mißverstanden Demokratie als eine Staatsform, in der alles erlaubt sei. Aber ein starker Staat, der sich im Rahmen der Gesetze bewegt und deren Einhaltung nötigenfalls erzwingt, widerspricht nicht einmal westlichem Demokratieverständnis.

In diesem Zusammenhang griff Putin Alexander Lebeds Formulierung von der Diktatur des Gesetzes auf, die für die Russen angesichts ihrer jahrhundertealten (zaristischen und sowjetischen) rechtsnihilistischen Tradition nichts anderes bedeuten soll, als daß Verfassung und Gesetze unbedingt eingehalten werden müssen und nicht beiseite geschoben werden dürfen, wenn sie stören. Aber gewisse Unterschiede bei der Geltung der Gesetze scheint es auch für Putin zu geben, denn wenn sich Staatsanwälte der Generalstaatsanwaltschaft bei der Verfolgung von Korruption zu weit der Jelzin-"Familie" nähern, werden sie abgeblockt.

---

<sup>33</sup> Ebenda.

<sup>34</sup> Kölner Stadtanzeiger, 1./2.4.2000.

<sup>35</sup> Interview Putins in: Welt am Sonntag, 11.6.2000.

<sup>36</sup> Ot pervogo lica, a.a.O., S. 156.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 159.

Zugleich tritt Putin für die Herausbildung einer Bürgergesellschaft ein. Angesichts seiner Versuche, die elektronischen Massenmedien zu kontrollieren, darf bezweifelt werden, ob er sich voll darüber im klaren ist, was mit diesem Begriff gemeint ist.

Putin legte in einem Internetbeitrag eine schonungslose Analyse der schlechten wirtschaftlichen Situation Rußlands und ein eindeutiges Bekenntnis zur Marktwirtschaft vor. Das von ihm angesteuerte Wachstumsziel von jährlich 8 Prozent dürfte allerdings illusorisch sein, zumal Rußland nach 15 Jahren dann das heutige Niveau von Portugal und Spanien erreicht hätte.<sup>38</sup>

Zu begrüßen ist Putins eindeutiges Bekenntnis zu Europa. Wenn es umgesetzt wird, dürfte es für alle Beteiligten vorteilhaft sein. In der NATO sieht Putin in erster Linie noch den ehemaligen militärischen Gegner und erkennt offenbar absichtlich, daß die NATO schon lange nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Organisation ist. Als Jurist müßte ihm eigentlich klar sein, daß am internen Entscheidungsprozeß einer Organisation nur deren Mitglieder teilhaben können.

## 5. Präsidentenwahl

Die wegen des Rücktritts Jelzins vorgezogene Präsidentenwahl fand am 26. März 2000 statt und wurde nach einem neuen Wahlgesetz durchgeführt, das Jelzin noch vor seinem Rücktritt am 31. Dezember 1999 unterschrieben hatte.<sup>39</sup>

An der Präsidentenwahl beteiligten sich laut offiziellen Angaben 68,64 Prozent (75.070.776) der Wahlberechtigten, 0,93 Prozent weniger als 1996 und 6,89 Prozent mehr als bei der Staatsdumawahl 1999. Damit war die Wahl rechtlich gültig, denn das Wahlgesetz fordert eine Mindestwahlbeteiligung von 50 Prozent (Art. 72, Abs. 4 des neuen Präsidentenwahlgesetzes vom 31.12.1999). Der Sieger konnte bereits im ersten Wahlgang ermittelt werden, weil er mehr als die Hälfte der Wählerstimmen bekommen hatte (Art. 72, Abs. 3): Putin erhielt 52,94 Prozent (39.740.434) der Stimmen, Gennadij Sjiganow 29,21 Prozent (21.928.471), Grigorij Jawlinskij 5,80 Prozent (4.351.452), Aman-geldy Tulejew 2,95 Prozent (2.217.361), Wladimir Shirinowskij 2,70 Prozent (2.026.513), Konstantin Titow 1,47 Prozent (1.107.269), Ella Pamfilowa 1,01 Prozent (758.966), Stanislaw Goworuchin 0,44 Prozent (328.723), Jurij Skuratow 0,43 Prozent (319.263), Aleksej Podberjoskin 0,13 Prozent (98.175) und Umar Dshabrailow 0,10 Prozent (78.498). Gegen alle Kandidaten votierten 1,88 Prozent (1.414.648).<sup>40</sup>

---

<sup>38</sup> Vgl. dazu: Roland Götz, Die wirtschaftliche Programmatik in Putins Millenniumsbotschaft. Aktuelle Analysen des BIOst, 3, 2000.

<sup>39</sup> Federal'nyj zakon "O vyborach Prezidenta Rossijskoj Federacii", in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 1 (čast II), 2000, Pos. 11. Zum neuen Präsidentenwahlgesetz vgl.: Schneider, Eberhard, Das neue russische Präsidentenwahlgesetz und die Präsidentschaftskandidaten. Aktuelle Analysen des BIOst, 20, 2000.

<sup>40</sup> Rossijskaja gazeta, 7.4.2000.

*Tabelle:* Wahlerfolge der Parlamentsparteien und -bewegungen  
sowie der Präsidentschaftskandidaten (in Prozent, Direktmandate in [ ])

	LDPR/(Block) Shirinowskij	KPRF/ Sjuganow	"Jabloko"/ Jawlinskij	UHR/ Tschernomyrdin	VGR/ Lushkow (Primakow)	URK/ Kirijenko	Bär/Einheit Putin/ (Schojgu)
Präsidentenwahl 1991	7,8	–	–	–	–	–	–
Staatsdumawahl 1993	22,8 [4]	12,4 [13]	7,9 [7]	–	–	–	–
Staatsdumawahl 1995	11,2 [1]	22,3 [58]	6,9 [14]	10,1 [10]	–	–	–
Präsidentenwahl 1996: 1. Wahlgang	5,7	32,0	7,3	–	–	–	–
Präsidentenwahl 1996: 2. Wahlgang	–	40,3	–	–	–	–	–
Staatsdumawahl 1999	6,0 [0]	24,3 [46]	5,9 [4]	1,2 [7]	13,3 [31]	8,5 [5]	23,3 [9]
Präsidentenwahl 2000	2,7	29,2	5,8	–	–	–	52,9

Zusammenstellung durch den Autor.

*Aufschlüsselung der Parteinamen und ihrer Abkürzungen:*

Bär = Unter diesem Namen nahm die neue "Partei der Macht" an der Staatsdumawahl teil. Sie nennt sich auch "Einheit" (Vorsitzender: Sergej Schojgu);

KPRF = "Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation" (Vorsitzender: Gennadij Sjuganow);

LDPR = "Liberaldemokratische Partei Rußlands" (Vorsitzender: Wladimir Shirinowskij);

UHR = "Unser Haus Rußland" (Vorsitzender: Wiktor Tschernomyrdin);

URK = "Union der rechten Kräfte" (Kovorsitzender: Sergej Kirijenko);

VGR = "Vaterland – Ganz Rußland" (Spitzenkandidaten: Jewgenij Primakow, Jurij Lushkow);

Putin führte – verglichen mit den anderen Präsidentschaftskandidaten – kaum einen aktiven Wahlkampf, was auch nicht nötig war, denn er inszenierte seine amtlichen Tätigkeiten als Premier und amtierender Präsident so wählerwirksam, daß die Berichterstattung darüber bereits Wahlkampf war. Trotzdem kostete der Wahlkampf Geld. Dem Vernehmen nach haben die "Bankiers des Kreml", Roman Abramowitsch und Alexander Mamut, Putins Wahlkampagne finanziert.<sup>41</sup> Abramowitsch, der zur Beresowskij-Connection gehört, ist Staatsdumaabgeordneter und hält mehr als die Hälfte der Aktien der Ölgesellschaft "Sibneft". Beresowskij-Freund Alexander Mamut, der Aufsichtsratsvorsitzender der MDM-Bank und Berater des Leiters der Administration des Präsidenten ist, steht der Bank of New York nahe, die sich im Zentrum des im vergangenen Jahr bekanntgewordenen Geldwäscheskandals befindet.<sup>42</sup>

<sup>41</sup> Jensen, Donald, Putin to meet oligarchs, in: RFE/RL Newline, Vol. 4, No. 144, Part I, 28.7.2000:

<sup>42</sup> Jamestown Foundation (Hrsg.), Monitor. A daily briefing on the Post-Soviet-States. Vol. VI, No. 153 (7.8. 2000).

KP-Chef Sjuganow legte am 4. April 2000 gegen das Wahlergebnis bei der Zentralen Wahlkommission Einspruch und bei der Moskauer Staatsanwaltschaft Beschwerde ein, denn bei der Stimmabgabe seien zahlreiche Unregelmäßigkeiten vorgekommen. In den Republiken Baschkortostan (Putin-Stimmen 60,34 Prozent<sup>43</sup>), Dagestan (76,69 Prozent), Inguschetien (85,42 Prozent), Kabardino-Balkarien (74,72 Prozent), Mordwinien (59,86 Prozent), Nordossetien-Alanija (64,66 Prozent) und Tatarstan (68,74 Prozent) sowie in den Gebieten Kaliningrad (60,16 Prozent) und Saratow (58,29 Prozent) seien die Ergebnisse gefälscht worden.<sup>44</sup> Der "Jabloko"-Vorsitzende Jawlinskij erklärte, daß es in wenigen Regionen wohl zu Unregelmäßigkeiten bei der Stimmauszählung gekommen sei. Am Sieg Putins sei aber nicht zu zweifeln. Die OSZE hatte – mit Ausnahme von Tschetschenien – von einer freien und fairen Wahl gesprochen.<sup>45</sup>

Putin übersprang mit nur 2,9 Prozent (2,2 Mio. Stimmen) die Fünfzigprozenthürde der abgegebenen Stimmen knapp. So ist nicht auszuschließen, daß einige Präsidenten und Gouverneure dafür gesorgt haben, daß in ihrem Föderationssubjekt mit entsprechenden Mehrheiten für Putin votiert wurde, um die Stichwahl zu vermeiden, vielleicht nach dem Motto: "Putin wird ohnehin gewählt, warum sollen wir in Zeiten leerer Kassen Geld für einen zweiten Wahlgang ausgeben." So versammelte der Präsident der Republik Tatarstan, Mintimer Schajmijew, die Bürgermeister, Fabrikdirektoren und lokalen Verantwortlichen, um ihnen klar zu machen, daß man für Putin stimmen müsse. Nach der Aussage eines anwesenden Bürgermeisters erklärte er: "Nach der Wahl werde ich die Qualität der Arbeit jedes einzelnen überprüfen. Wir werden die Ergebnisse jedes Wahllokals anschauen und sehen, wie viele Leute gewählt haben und wie sie gewählt haben. Und wir werden sehen, wie jeder lokale Führer gearbeitet hat, für wen er gearbeitet hat und ob er es wert ist, daß man ihn auf seinem Posten beläßt."<sup>46</sup> Auf dem Lande war es noch einfacher. Dort füllten die Kolchosdirektoren die Stimmzettel nicht selten entweder selbst für Putin aus oder drohten den Wählern, daß sie ihre Arbeit verlören, kein Geld, keine Lebensmittel und kein Brennholz bekämen, wenn sie ihr Kreuzchen an der falschen Stelle machten.

Auffallend ist daß sich die Zahl der Wahlberechtigten zwischen den Staatsdumawahlen im Dezember 1999 und den vorgezogenen Präsidentenwahlen im März 2000 bei einem jährlichen Bevölkerungsrückgang um 800.000 bis 900.000 dennoch innerhalb von drei Monaten um 1,3 Mio. vermehrt hat. Das ist nur verständlich, wenn auf Putin ausgestellte Stimmzettel hinzugefügt wurden. So erreichte in der Hauptstadt der Republik Dagestan, Machatschkala, nach Aussage des Vorsitzenden der Kommission der Staatsduma zur Kontrolle der Wahlen, Alexander Salij, die Wahlbeteiligung 110 Prozent. Anhand von konkreten Beispielen für Wahlfälschungen z.B. in der Republik Dagestan kann von 550.000 zugunsten Putins gefälschten Stimmzetteln ausgegangen werden, was einem Viertel aller Stimmen entspricht, die Putin in dieser Kaukasusrepublik erhalten hat.

---

<sup>43</sup> Wostok Newsletter 3/2000, S. 2 f.

<sup>44</sup> Nezavisimaja gazeta, 5.4.2000.

<sup>45</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.4.2000 und 9.10.2000.

<sup>46</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.10.2000.

Beweise, daß Wahlfälschungen von Putin angeordnet wurden, sind nicht bekanntgeworden. Daß aber der Wahlkampfstab Putins, dem drei stellvertretende Leiter der Präsidialadministration und hohe Beamte des Innenministeriums angehörten, in diese Vorgänge involviert war, kann angenommen werden. Wahrscheinlich wäre ohne Wahlfälschung eine Stichwahl erforderlich gewesen, die Putin mit hoher Wahrscheinlichkeit gewonnen hätte. Die demnach für den Sieg Putins eigentlich unnötigen Wahlfälschungen schaden dem Ansehen Putins im Nachhinein erheblich, um so mehr, als befaßte Gerichte deren Untersuchung bislang verschleppen.<sup>47</sup>

Sjuganow blieb, wie die obige Tabelle zeigt, mit seinem Wahlergebnis von 29,21 Prozent knapp (2,82 Prozent) unter seinem Resultat von 32,03 Prozent im ersten Wahlgang von 1996. Der seit 1993 bestehende Trend deutlicher Stimmengewinne von Wahl zu Wahl (12,4 Prozent, 22,3 Prozent, 32,0 Prozent, 40,3 Prozent) ist bei Sjuganow und der KPRF zu Ende gegangen.

Jawlinskij schnitt mit 5,80 Prozent 1,54 Prozent schlechter ab als vor vier Jahren. Während er 1996 beim ersten Präsidentenwahlgang geringfügig mehr Stimmen erhielt als "Jabloko", blieb er dieses Mal knapp unter dem Staatsdumawahlergebnis von 1999. Shirinowskij setzte mit 2,70 Prozent den seit 1993 anhaltenden Trend der Halbierung seiner Wahlergebnisse von Wahl zu Wahl fort.

## 6. Putins neue Leute

Putin stellte seine neuen Mitarbeiter<sup>48</sup> aus zwei Personengruppen zusammen: Entweder stammen sie aus St. Petersburg und haben dort (1990-1996) mit ihm zusammengearbeitet (Gref, Kosak, Koshin, Kudrin, Medwedew, Rejman, Schewschtenko, Setschin), oder sie kommen aus dem FSB (Saostrowskij), den Putin von Juli 1998 bis August 1999 leitete. In einigen Fällen trifft sogar beides zu (Sergej Iwanow, Viktor Iwanow, Patruschew, Tscherkessow).

Im folgenden werden in alphabetischer Reihenfolge die Personen kurz vorgestellt, auf die sich Putin stützt und die er als Premier, amtierender Präsident oder als Präsident in neue Funktionen gebracht hat:

Gref, German Oskarowitsch, geb. 1964 in Irtysch (Kasachstan), Rußlanddeutscher, Jurastudium, 1992-1997 in St. Petersburg Stellvertretender Leiter, dann Leiter des Komitees für Immobilienvermögen in St. Petersburg, *Direktor des neuen Putin-Think-tanks "Zentrum für strategische Ausarbeitungen"*<sup>49</sup> (seit Dezember 1999) sowie *Minister für Wirtschaftliche Entwicklung und Handel* (seit 18.5.2000);

---

<sup>47</sup> Vgl. dazu: The Moscow Times, 9.9.2000. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.10.2000.

<sup>48</sup> Quellen: Informacionno-ekspertnaja gruppa "Panorama" (Hrsg.), Gipertekstovaja baza dannych "Labirint". Schulz-Torge, Ulrich-Joachim (Hrsg.), Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Loseblattsammlung Swisttal 1993 ff. Vgl. dazu auch: Staar, Richard, KGB & Other Buddies in Putin Apparatus, in: Perspective. Boston, March-April 2000, S. 2-5.

<sup>49</sup> Zum Strategiezentrum vgl.: Knabe, Bernd, Putins "Strategiezentrum". Aktuelle Analysen des BIOst, 27, 2000.

Iwanow, Sergej Borissowitsch, Generalleutnant, geb. 1953 in Leningrad, Philologiestudium an der Universität Leningrad, Iwanow besuchte wie Putin das KGB-Institut, unter Putin Stellvertretender FSB-Chef, Nachfolger Putins als *Sekretär des Sicherheitsrats* (seit 15.11.1999);

Iwanow, Viktor Petrowitsch, Generalleutnant, geb. 1950 in Nowgorod, mit Putin Studium an der KGB-Hochschule, Leiter des Dienstes für wirtschaftliche Sicherheit der St. Petersburger Abteilung des FSB, in Moskau Leiter des Dienstes für persönliche Sicherheit des FSB, 1998-1999 Stellvertretender Direktor des FSB unter Putin, *Leiter der Hauptverwaltung Kader im Range eines Stellvertretenden Leiters der Administration des Präsidenten* [Personalchef] (seit 5.1.2000);

Kosak, Dmitrij Nikolajewitsch, geb. 1938 im Gebiet Kirowograd (Ukraine), Jurastudium in Leningrad, 1990-1996 Leiter der juristischen Verwaltung beim Stadtrat und dann beim Oberbürgermeister von St. Petersburg, *Stellvertretender Leiter der Administration des Präsidenten, zuständig für die Koordinierung der Gesetzgebung* (seit 19.8.1999);

Koshin, Wladimir Igorewitsch, geb. 1959 im Gebiet Tscheljabinsk, 1993-1994 Generaldirektor des Verbandes der Gemeinschaftsunternehmen von St. Petersburg, als Putin Vorsitzender des Komitees für Auswärtige Beziehungen beim Oberbürgermeister von St. Petersburg war, *Kanzleichef des Präsidenten* (seit 12.1.2000);

Kudrin, Aleksej Leonidowitsch, geb. 1960 in Dobeles (Lettland), Wirtschaftsstudium in Leningrad, 1994-1996 wie Putin Erster Stellvertretender Oberbürgermeister von St. Petersburg, *Stellvertretender Premierminister und Finanzminister* (seit 18.5.2000);

Medwedew, Dmitrij Anatoljewitsch, geb. 1965 in Leningrad, Jurastudium in Leningrad, 1990-1999 Dozent an der Leningrader Universität, Nov.-Dez. 1999 Stellvertretender Leiter des Regierungsapparats unter Putin als Premier, Leiter von Putins Wahlkampfstab, *Erster Stellvertretender Leiter der Administration des Präsidenten* (seit 3.6.2000);

Patruschew, Nikolaj Platonowitsch, Generaloberst, geb. 1951 in Leningrad, Studium in Leningrad, unter Putin 1998-1999 Stellvertretender und dann Erster Stellvertretender FSB-Chef, *FSB-Chef* [Putin-Nachfolger in dieser Funktion] (seit 17.8.1999) und *Mitglied des Sicherheitsrats* (seit 27.5.2000);

Rejman, Leonid Dododshonowitsch, geb. 1957 in Leningrad, Studium in Leningrad, 1994-1999 Erster Stellvertretender Generaldirektor der "Peterburgskaja telefonija" AG, *Minister für Kommunikation und Informatisierung* (seit 11.11.1999);

Saostrowskij, Jurij, geb. 1944 in Moskau, unter Putin Leiter der FSB-Abteilung für wirtschaftliche Sicherheit, *Stellvertretender FSB-Chef*;

Schewtschenko, Jurij Leonidowitsch, Generaloberst der Medizinischen Dienste, geb. 1947 in Jakutsk, Studium an der Leningrader Militärakademie für Medizin, 1992-1999 Leiter des Instituts für Herz- und Gefäßchirurgie in St. Petersburg, kennt Putin seit vielen Jahren, *Gesundheitsminister* (seit 19.8.1999);

Setschin, Igor Iwanowitsch, geb. 1960 in Leningrad, Romanist, 1991-1996 Leiter des Apparats des Ersten Stellvertretenden Oberbürgermeisters Putin in Leningrad, 1998 Leiter

des Apparats Putins, als dieser Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration war, Nov.-Dez. 1999 Leiter des Sekretariats des Premiers Putin, *Stellvertretender Leiter der Administration des Präsidenten* und *Leiter der Kanzlei des Präsidenten* (seit 31.12.1999];

Tscherkessow, Viktor Wassiljewitsch, Generalleutnant, geb. 1950 in Leningrad, studierte mit Putin Jura in Leningrad, arbeitete 1992-1998 in Leningrad als Leiter der dortigen FSB-Verwaltung mit dem Ersten Stellvertretenden Oberbürgermeister Putin zusammen, Erster Stellvertretender FSB-Chef (von Putin in dieses Amt befördert im August 1999), in der Wahlkampfphase Mitarbeiter am "Institut für strategische Ausarbeitungen", *Vertreter des Präsidenten im neuen Föderalbezirk Nord-West* und *Mitglied des Sicherheitsrats* (seit 27.5.2000).

Beibehalten hat Putin in wichtigen Funktionen folgende Mitglieder der Jelzin-"Familie": Michail Kassjanow als Premier, Alexander Woloschin als Leiter der Präsidentialadministration und Nikolaj Aksenenko als Eisenbahnminister.<sup>50</sup> Außerdem versprach Putin am 31. Dezember 1999 Jelzin angeblich, dessen Bitte zu folgen und keinen der "Machtminister" (Verteidigungsminister Marschall Igor Sergejew, Innenminister Wladimir Ruschajlo, Zivilverteidigungsminister Sergej Schojgu) zu entlassen.

## 7. Präsident Putins erste innenpolitische Schritte

Die ersten politischen Initiativen des neuen Präsidenten bewegten sich bisher in drei Richtungen: Stärkung der Zentralgewalt gegenüber den Regionen, Versuch der Formierung einer kremlfreundlichen Medienlandschaft und Zurückdrängung der Oligarchen.

### 7.1 Rezentralisierungsinitiativen

Ein Erlass und drei neue Gesetzesinitiativen Putins<sup>51</sup> sind darauf gerichtet, die Regionen wieder in den Griff des Zentrums zu bekommen. Sie hatten in den letzten Jahren eine erhebliche wirtschaftliche, politische und rechtliche Selbständigkeit gegenüber Moskau erlangt, welche die staatliche Einheit Rußlands zunehmend unterhöhlte.

#### 7.1.1 Bildung Föderaler Bezirke

Mit seinem Erlass vom 13. Mai 2000 "Über die Vollmachten des Präsidenten der Rußländischen Föderation im Föderalen Bezirk" verringerte Putin die Zahl der 89 Bevollmächtigten Vertreter des Präsidenten in den Föderationssubjekten auf sieben, die für größere Einheiten,

---

<sup>50</sup> Makarenko, Boris/Makarkin, Aleksej, *Parad planet: versija-2000*, in: *Segodnja*, 26.4.2000.

<sup>51</sup> Die Texte des Erlasses und der Gesetze sollen – abgesehen von der Zuarbeit durch die Stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration Alexander Abramow und Wladislaw Surkow – vom Februar bis April 2000 vom Sicherheitsrat erarbeitet worden sein (Heinemann-Grüder, Andreas, *Putins Reformen der föderalen Strukturen. Vom Nachtwächterstaat zum Etatismus*, in: *Osteuropa*, 9, 2000, S. 979).



sogenannte "Föderale Bezirke", zuständig sind.<sup>52</sup> Diese entsprechen weitgehend den Militärbezirken.<sup>53</sup> Die neuen Bevollmächtigten Vertreter des Präsidenten, von denen nur zwei Zivilisten sind und fünf aus den Sicherheitsstrukturen Armee, Polizei und FSB kommen, sind:

- der ehemalige Vertreter des Präsidenten im Gebiet Leningrad, Georgij Poltawtschenko, der früher einige Zeit im KGB tätig gewesen war, zuständig für den Zentralen Bezirk mit der Stadt Moskau und den Gebieten Belgorod, Brjansk, Iwanowo, Jaroslawl, Kaluga, Kostroma, Kursk, Lipezk, Moskau, Orjol, Rjasan, Smolensk, Tambow, Tula, Twer, Wladimir sowie Woronesh, mit Residenz in *Moskau*;
- der Erste Stellvertretende FSB-Direktor, Generalleutnant Viktor Tscherkessow, der zu Sowjetzeiten in St. Petersburg wegen der Verfolgung der Dissidenten zweifelhafte Berühmtheit erlangt hatte<sup>54</sup>, zuständig für den Bezirk Nord-West mit St. Petersburg, den Republiken Karelien und Komi, den Gebieten Archangelsk, Kaliningrad, Leningrad, Murmansk, Nowgorod, Pskow sowie Wologda und dem Autonomen Kreis der Nenzen, mit Residenz in *St. Petersburg*;
- der Armeegeneral Viktor Kasanzew, zuständig für den Bezirk Nordkaukasus mit den Republiken Adygeja, Dagestan, Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Kalmykien, Karatschajewo-Tscherkessien, Nordossetien-Alanija sowie Tschetschenien, den Regionen Krasnodar und Stawropol und den Gebieten Astrachan, Rostow sowie Wolgograd, mit Residenz in *Rostow am Don*;
- der ehemalige Premier und jetzige Kovorsitzende der "Union der rechten Kräfte", Sergej Kirijenko, zuständig für den Wolga-Bezirk mit den Republiken Baschkortostan, Mari El, Mordwinien, Tatarstan, Tschuwaschien sowie Udmurtien, den Gebieten Kirow, Nishnij Nowgorod, Orenburg, Pensa, Perm, Samara, Saratow sowie Uljanowsk und dem Autonomen Kreis der Komi-Permjakten, mit Residenz in *Nishnij Nowgorod*;
- der Stellvertretende Innenminister, Generaloberst Petr Latyschew, zuständig für den Ural-Bezirk mit den Gebieten Kurgan, Swerdlowsk, Tjumen sowie Tscheljabinsk und den Autonomen Kreisen der Chanten und Mansen sowie der Jamal-Nenzen, mit Residenz in *Jekaterinburg*;
- der GUS-Minister Leonid Dratschewskij, zuständig für den Bezirk Sibirien mit den Republiken Altaj, Burjatien, Chakassien und Tuwa, mit den Regionen Altaj und Krasnojarsk, den Gebieten Irkutsk, Kemerowo, Nowossibirsk, Omsk, Tomsk sowie Tschita und den Autonomen Bezirken der Aginer Burjaten, der Ust-Ordynsker Burjaten, der Ewenken sowie von Tajmyr, mit Residenz in *Nowossibirsk*;

---

<sup>52</sup> Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii "O polnomočnom predstavitele Prezidenta Rossijskoj Federacii v Federal'nom okruge, in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 20, 2000, Pos. 2112. Dieses Dekret enthält eine Liste der sieben Föderationsbezirke, aus der hervorgeht, welche Föderationssubjekte ihnen jeweils angehören.

<sup>53</sup> Lediglich das Gebiet Kaliningrad gehört keinem Militärbezirk an, sondern bildet eine eigene militär-administrative Einheit. Das Gebiet Nishnij Nowgorod gehört nicht zum Wolga-Militärbezirk, sondern zum Moskauer Militärbezirk. (Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii "O voenno-administrativnom delenii Rossijskoj Federacii", in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 31, 1989, Pos. 3839.

<sup>54</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.5.2000.

- der Armeegeneral Konstantin Pulikowskij, der von 1994 bis 1996 Kommandeur im Tschenischenkrieg war, zuständig für den Fernöstlichen Bezirk mit der Republik Sacha (Jakutien), den Regionen Chabarowsk und Primorje, den Gebieten Amur, Kamtschatka, Magadan und Sachalin, mit dem Jüdischen Autonomen Gebiet und den Autonomen Kreisen der Korfjaken und der Tschuktschen, mit Residenz in *Chabarowsk*.

Das Institut der Bevollmächtigten Vertreter des Präsidenten in den Regionen war von Jelzin nach dem Augustputsch 1991 geschaffen worden, um seine Politik in der Provinz besser durchsetzen zu können. Eine ähnliche Konstruktion gibt es im internationalen Vergleich lediglich in Indien und in Pakistan.<sup>55</sup> Dieses Institut der Vertreter des Präsidenten wird in der Verfassung (Art. 83, lit. k) nur kurz in der Form erwähnt, daß der Präsident seine Vertreter ernannt und entläßt.

Die sieben neuen, vom Präsidenten eingesetzten (und abzurufenden) und nur ihm verantwortlichen Präsidentenvertreter in den Föderalen Bezirken, die Mitglieder der Administration des Präsidenten sind, haben u.a. folgende Aufgaben:

- die Umsetzung der föderalen Entscheidungen des Präsidenten sowie der föderalen Staatsorgane vor Ort und die Einhaltung der föderalen Gesetze zu überwachen;
- die Umsetzung der Personalpolitik des Präsidenten zu kontrollieren;
- die Zusammenarbeit der föderalen mit den regionalen Exekutivorganen, den Organen der örtlichen Selbstverwaltung, den politischen Parteien und sonstigen öffentlichen sowie religiösen Vereinigungen zu organisieren;
- an der Arbeit der regionalen Exekutivorgane und sogar der Organe der örtlichen Selbstverwaltung teilzunehmen (wozu sie auch ihre Stellvertreter entsenden können, die vom Leiter der Präsidialverwaltung ernannt werden);
- dem Präsidenten die Aussetzung von Rechtsakten der regionalen Exekutive vorzuschlagen, die föderalen Gesetzen widersprechen.

Um die Position der neuen Präsidentenvertreter aufzuwerten, wurden sie Mitglieder des Sicherheitsrats.<sup>56</sup> Ferner wurde ihnen jeweils ein Stellvertretender Generalstaatsanwalt zugeordnet. Nach Meinung von Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow wird deren Ernennung es in den Föderalen Bezirken ermöglichen, die Tätigkeit der Rechtsschutzorgane besser zu koordinieren. Sie hätten nicht vor, sich in die Tätigkeit der Staatsanwälte der Föderationssubjekte einzumischen.<sup>57</sup>

---

<sup>55</sup> Busygina, Irina M., Das Institut der Vertreter des Präsidenten in Rußland. Probleme des Werdegangs und Entwicklungsperspektiven, in: Osteuropa, 1996, S. 664 f.

<sup>56</sup> Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii "Ob utverždenii sostava Soveta Bezopasnosti Rossijskoj Federacii", in: Rossijskaja gazeta, 30.5.2000.

<sup>57</sup> Interfax, russ., 7.6.2000, zitiert nach: Monitor-Dienst der Deutschen Welle.

### 7.1.2 Geänderte Zusammensetzung des Föderationsrats

Durch das Gesetz "Über das Verfahren zur Bildung des Föderationsrats der Föderalen Versammlung der Rußländischen Föderation" vom 5. August 2000<sup>58</sup>, das vom Föderationsrat nach anfänglichen Widerständen gebilligt wurde, erreichte Putin, daß statt der Republikpräsidenten bzw. Gouverneure und der Vorsitzenden der regionalen Parlamente nur noch deren Vertreter dem Föderationsrat angehören. Sie sind dort als Vollzeitparlamentarier tätig. Als Begründung führte Putin seinen Wunsch an, daß die Gouverneure alle ihre Kräfte "auf die konkreten Probleme ihrer Territorien richten. Dafür sind sie von der Bevölkerung schließlich gewählt."<sup>59</sup>

Der Föderationsrat ist als Oberhaus des Parlaments das einzige staatliche Organ auf zentraler Ebene, das die Interessen der Regionen vertritt. Jedes der 89 Föderationssubjekte entsandte bisher jeweils zwei Vertreter in den Föderationsrat: den Präsidenten der Republik oder den Gouverneur des Gebiets bzw. der Region – beide müssen sich inzwischen in regelmäßigen Abständen der Wahl durch die Bevölkerung stellen – und den Vorsitzenden des Parlaments der Republik oder des Gebiets, der sich vorher als regionaler Abgeordneter ebenfalls durch Wahlen demokratisch legitimieren mußte<sup>60</sup> (Art. 95, Abs. 2, der Verfassung).

Nach dem neuen Gesetz wird der Vertreter der Exekutive eines Föderationssubjekts im Föderationsrat durch Erlaß des Republikpräsidenten/Gouverneurs ernannt. Innerhalb von drei Tagen muß der Chef der Exekutive das regionale Parlament über die Ernennung informieren. Der Vertreter der Exekutive im Föderationsrat gilt dann als bestätigt, wenn das Regionalparlament nicht innerhalb von drei Wochen mit zwei Dritteln gegen seine Ernennung stimmt. Eine Zustimmung des Parlaments zur Ernennung des Vertreters der Exekutive ist nicht erforderlich. Der Vertreter der Exekutive muß wie der Vertreter der Legislative eine Einkommens- und Vermögenserklärung vorlegen.

Der Vertreter der Legislative der Region im Föderationsrat wird vom Vorsitzenden des regionalen Parlaments vorgeschlagen. Eine Gruppe aus mindestens einem Drittel der Abgeordneten des regionalen Parlaments kann jedoch eine alternative Kandidatur einbringen. Der Vertreter der Legislative der Region wird dann vom regionalen Parlament gewählt. Er ist für die Dauer der Legislaturperiode des regionalen Parlaments im Amt. In Föderationssubjekten mit einem Zweikammerparlament werden die Vertreter der Reihe nach von jeder Kammer für die Hälfte der Zeit gewählt. Das Gesetz sieht eine vorzeitige Entlassung der beiden Vertreter der regionalen Exekutive und Legislative vor, die auf die gleiche Weise wie deren oben beschriebene Ernennung erfolgt.

Anfangs stimmten nur 13 Föderationsratsmitglieder für das Gesetz, während 129 es ablehnten. Eine Schlichtungskommission, die daraufhin von Staatsdumaabgeordneten und

---

<sup>58</sup> Federal'nyj zakon "O porjadke formirovanija Soveta Federacii Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii", in: Rossijskaja gazeta, 8.8.2000.

<sup>59</sup> Rossijskaja gazeta, 19.5.2000.

<sup>60</sup> Federal'nyj zakon "O porjadke formirovanija Soveta Federacii Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii", in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 50, 1995, Pos. 4869.

Föderationsratsmitgliedern gebildet wurde, erreichte schließlich den Kompromiß, daß die gewählten Präsidenten/Gouverneure bis zum Ende ihrer Amtszeit dem Föderationsrat angehören dürfen. Erst ab dem 1. Januar 2002, wenn die Amtszeit aller gegenwärtigen Exekutivchefs abgelaufen ist, greift die neue Regelung in vollem Umfang. Am 26. Juli 2000 votierten schließlich 119 Föderationsratsmitglieder für diese geringfügig geänderte neue Fassung des Gesetzes und nur 18 dagegen.<sup>61</sup>

### *7.1.3 Auflösung von Regionalparlamenten und Absetzung von Republikpräsidenten/ Gouverneuren*

Das Gesetz "Über die Einführung von Änderungen und Ergänzungen in das Föderale Gesetz 'Über die allgemeinen Prinzipien der Organisation der gesetzgebenden und exekutiven Organe der Staatsmacht der Föderationssubjekte der Rußländischen Föderation'" vom 29. Juli 2000<sup>62</sup>, welches das "Gesetz über die allgemeinen Prinzipien der Organisation der gesetzgebenden und exekutiven Organe der Staatsmacht der Föderationssubjekte" vom Oktober 1999 ändert und ergänzt<sup>63</sup>, sieht die Auflösung der regionalen Parlamente vor, wenn das zuständige Gericht feststellt, daß normative Rechtsakte der Legislative des Föderationssubjekts im Widerspruch zur Verfassung der Rußländischen Föderation oder den föderalen Gesetzen stehen, zu massenweisen und schweren Verletzungen der Rechte und Freiheiten der Menschen und Bürger geführt haben, die territoriale Einheit und Sicherheit Rußlands sowie die "Einheit des Rechts- und Wirtschaftsraums" bedrohen. Falls die Legislative des Föderationssubjekts im Rahmen ihrer Kompetenzen nicht innerhalb von sechs Monaten dem Gerichtsbeschluß nachkommt und gerichtlich festgestellt wurde, daß diese Legislative die Realisierung der föderalen Normen behindert, verwarnt der Präsident das Regionalparlament. Wenn diese Verwarnung innerhalb von drei Monaten nicht fruchtet, bringt der Präsident in der Staatsduma innerhalb eines Jahres ein Gesetz über die Auflösung des Regionalparlaments ein, über das die Staatsduma innerhalb von zwei Monaten entscheiden muß.

Ähnliches gilt für den Republikpräsidenten oder Gouverneur, wenn er normative Rechtsakte herausgibt, die im Widerspruch zur föderalen Verfassung bzw. föderalen Gesetzen stehen, den das zuständige Gericht festzustellen hat. Der Präsident hat nach Artikel 85, Abs. 2, der Verfassung das Recht, die Gültigkeit von Rechtsakten der regionalen Exekutive, wenn sie der föderalen Verfassung sowie föderalen Gesetzen oder internationalen Verpflichtungen widersprechen oder Menschen- und Bürgerrechte verletzen, auszusetzen, bis diese Frage von einem zuständigen Gericht entschieden wird.

---

<sup>61</sup> Izvestija, 27.7.2000.

<sup>62</sup> Federal'nyj zakon "O vnesenii izmenenij i dopolnenij v federal'nyj zakon 'Ob obščich principach organizacii zakonodatel'nych (predstavitel'nych) i ispolnitel'nych organov gosudarstvennoj vlasti sub-ektov Rossijskoj Federacii'", in: Rossijskaja gazeta, 1.8.2000.

<sup>63</sup> Federal'nyj zakon "Ob obščich principach organizacii zakonodatel'nych (predstavitel'nych) i ispolnitel'nych organov gosudarstvennoj vlasti sub-ektov Rossijskoj Federacii", in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 42, 1999, Pos. 5005.

Wenn ein Republikpräsident/Gouverneur innerhalb von zwei Monaten nicht dem Gerichtsbeschuß nachkommt bzw. die Frage der Aussetzung der betreffenden Rechtsnorm durch den Präsidenten vom Gericht nicht klären läßt, erhält er vom Präsidenten innerhalb von sechs Monaten nach dem Gerichtsbeschuß bzw. nach der Aussetzung der Rechtsnorm eine Verwarnung. Im Fall seiner Unnachgiebigkeit wird der Republikpräsident/Gouverneur innerhalb eines Monats nach der Verwarnung vom Präsidenten abgesetzt.

Das neue Gesetz räumt dem Präsidenten zudem das Recht ein, den Republikpräsidenten/Gouverneur zeitweilig seiner Vollmachten zu entheben oder ihn zu entlassen, wenn ihm der Generalstaatsanwalt eine schwere oder besonders schwere Straftat vorwirft. Innerhalb von zehn Tagen kann der betroffene regionale Exekutivchef beim Obersten Gericht der Rußländischen Föderation gegen die gegen ihn vorgenommenen Maßnahmen Beschwerde einlegen, über die innerhalb von ebenfalls zehn Tagen entschieden werden muß.

Der Föderationsrat stimmte dem Gesetz nicht zu. Im Unterschied zum Gesetz über die Änderung der Zusammensetzung des Föderationsrats wurde keine Schlichtungskommission gebildet, sondern die Staatsduma überstimmte am 19. Juli 2000 das Veto des Föderationsrats mit 362 Ja-Stimmen. 35 Abgeordnete waren mit dem Veto einverstanden und acht enthielten sich der Stimme.<sup>64</sup>

#### *7.1.4 Auflösung von örtlichen Parlamenten und Absetzung von Bürgermeistern*

Das Gesetz "Über die Einführung von Änderungen und Ergänzungen des föderalen Gesetzes 'Über die allgemeinen Prinzipien der Organisation der örtlichen Selbstverwaltung'"<sup>65</sup> vom 4. August 2000 gibt in Ergänzung zum bisherigen Gesetz über die örtliche Selbstverwaltung<sup>66</sup> dem Präsidenten unter bestimmten Voraussetzungen das Recht, in der Staatsduma ein Gesetz über die Auflösung einer örtlichen Volksvertretung einzubringen und den Leiter der örtlichen Selbstverwaltung, also den Bürgermeister, abzusetzen, wenn ein Gericht festgestellt hat, daß sie normative Rechtsakte verabschiedet bzw. herausgegeben haben, die der föderalen Verfassung, den föderalen Verfassungsgesetzen, den föderalen Gesetzen, der Verfassung bzw. dem Statut des Föderationssubjekts oder dem Statut der Kommune widersprechen.

Wird der örtliche Rechtsakt nicht geändert, verwarnt die Volksvertretung des zuständigen Föderationssubjekts aus eigener Initiative oder auf Anregung des Republikpräsidenten/Gouverneurs die örtliche Volksvertretung, bzw. der Republikpräsident/Gouverneur verwarnt den Bürgermeister in schriftlicher Form unter Hinweis auf die Möglichkeiten des neuen Gesetzes. Wenn die örtliche Volksvertretung bzw. der Bürgermeister innerhalb eines Monats nach der

---

<sup>64</sup> Interfax russ. 19.7.2000.

<sup>65</sup> Federal'nyj zakon "O vnesenii izmenenij i dopolnenij v federal'nyj zakon 'Ob obščich principach organizacii mestnogo samoupravlenija v Rossijskoj Federacii'", in: Rossijskaja gazeta, 8.8.2000.

<sup>66</sup> Federal'nyj zakon "Ob obščich principach organizacii mestnogo samoupravlenija v Rossijskoj Federacii'", in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 35, 1995, Pos. 3506. Erste Ergänzung dieses Gesetzes: Federal'nyj zakon "O vnesenii izmenenij i dopolnenij v federal'nyj zakon 'Ob obščich principach organizacii mestnogo samoupravlenija v Rossijskoj Federacii'", in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 12, 1997, Pos. 1378.

Verwarnung den monierten Rechtsakt nicht ändert, kann die örtliche Volksvertretung – aber nur jeweils spätestens sechs Monate nach Rechtskraft des Gerichtsbeschlusses – per Regionalgesetz aufgelöst und der Bürgermeister durch Erlass des regionalen Verwaltungschefs abgelöst werden. Zur Auflösung der örtlichen Volksvertretung ist ein Gesetz des Föderationssubjekts, auf dessen Territorium sich die betreffende Kommune befindet, oder – falls die beanstandeten Rechtsakte auf kommunaler Ebene nicht binnen dreier Monate nach dem rechtskräftigen Gerichtsbeschuß geändert wurden und das Parlament des Föderationssubjekts nicht die in diesem Gesetz vorgesehenen Maßnahmen (Verwarnung, Einbringung eines Gesetzes zur Auflösung der örtlichen Volksvertretung) vorgenommen hat – ein föderales Gesetz erforderlich, das nur der russische Präsident einbringen kann (aber nicht muß).

Ähnliches gilt für die Ablösung eines örtlichen Verwaltungschefs: Falls dessen beanstandete Rechtsakte nicht binnen dreier Monate nach dem Gerichtsbeschuß geändert wurden und der zuständige Republikpräsident/Gouverneur nicht die in diesem Gesetz vorgesehenen Maßnahmen (Verwarnung, Ablösung) vorgenommen hat, kann der Präsident ihn entlassen. Ausgenommen davon sind die Verwaltungschefs der Stadtstaaten Moskau und St. Petersburg, für die, da sie Verwaltungschefs von Föderationssubjekten sind, die für diesen Personenkreis gültigen Ablösungsbestimmungen gelten.

Bürger, deren Rechte und gesetzliche Interessen im Zusammenhang mit der Auflösung einer örtlichen Volksvertretung oder der Amtsenthebung eines örtlichen Gemeindechefs verletzt wurden, haben das Recht, dagegen bei den obersten regionalen Gerichten bzw. dem Obersten Gericht Rußlands binnen zehn Tagen nach Bekanntgabe des entsprechenden Gesetzes, Erlasses oder Beschlusses zu klagen. Über die Klage muß binnen zehn Tagen nach Einreichung entschieden werden.

Der Föderationsrat lehnte am 26. Juli 2000 mit 92 gegen 12 Stimmen dieses Gesetz ab, für das am 7. Juli 334 Staatsdumaabgeordnete gestimmt hatten (bei 27 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen). Der Föderationsrat empfahl der Staatsduma die Bildung einer Schlichtungskommission, was nicht geschah. Statt dessen überstimmte die Staatsduma das Veto des Föderationsrats.

#### *7.1.5 Bildung des Staatsrats*

Am 1. September 2000 bildete Putin per Erlass einen Staatsrat, dem neben dem russischen Präsidenten als Vorsitzenden alle 89 Präsidenten und Gouverneure der Föderationssubjekte von Amts wegen angehören.<sup>67</sup> Ursprünglich waren nur die 20 wichtigsten Exekutivchefs als Mitglieder vorgesehen, doch die übrigen protestierten erfolgreich gegen ihren Ausschluß von der Mitgliedschaft. Dieser neue Staatsrat wiegt die Entmachtung des Föderationsrats bei weitem nicht auf. Er gibt den Präsidenten und Gouverneuren die Möglichkeit, sich mindestens einmal im Vierteljahr in Moskau zu Beratungen zu treffen. Der Staatsrat soll zur

---

<sup>67</sup> Rossijskaja gazeta, 5.9.2000. Neue Zürcher Zeitung, 4.9.2000.

"Realisierung der Vollmachten des Staatsoberhauptes zu Fragen des koordinierten Funktionierens und des Zusammenwirkens der Staatsorgane" beitragen.

Im Vordergrund steht das Verhältnis der Zentralregierung zu den Regionen. Ferner kann der Staatsrat über Gesetzes- und Erlassprojekte des Präsidenten, über den föderalen Haushalt, über Fragen der Personalpolitik und weitere wichtige Fragen von allgemeinstaatlicher Bedeutung beraten. Da der Staatsrat nur beratende Funktion hat, war eine Änderung der Verfassung, die das neue Organ nicht kennt, nicht erforderlich.

Vorsitzender des Staatsrats ist der Präsident, der ein halbjährlich rotierendes siebenköpfiges Präsidium als operatives Arbeitsorgan beruft. Der Staatsrat erhält ein Sekretariat, das vom Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration (seit 7.12.1999), Alexander Sergejewitsch Abramow, geleitet wird. Abramow wurde 1957 im Gebiet Moskau geboren und war von 1997 bis 1999 Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der "Alfa-Bank".

Dem ersten Präsidium des Staatsrats, das mindestens einmal im Monat zusammentritt, gehören folgende Regionalpolitiker an: Viktor Iwanowitsch Ischajew (Gouverneur des Kraj Chabarowsk), Wladimir Anatoljewitsch Jakowlew (Oberbürgermeister von St. Petersburg), Viktor Melchiorowitsch Kress (Gouverneur des Gebiets Tomsk), Jurij Michajlowitsch Lushkow (Oberbürgermeister von Moskau), Magomedali Magomedowitsch Magomedow (Vorsitzender des Staatsrats [Regionalparlament] der Republik Dagestan), Leonid Julianowitsch Rokezkij (Gouverneur des Gebiets Tjumen) und Mintimer Scharipowitsch Schajmijew (Präsident der Republik Tatarstan).

#### 7.1.6 *Einschätzung*

Die Reduzierung der 89 Präsidentenvertreter auf sieben erforderte keine Verfassungsänderung, da die 89 Föderationssubjekte erhalten bleiben. Falls durch die Einrichtung der Föderalen Bezirke Separatismusbestrebungen einzelner Föderationssubjekte auch gedämpft werden können, so sei nach Meinung des ehemaligen Beraters von Jelzin, Georgij Satarow, nicht auszuschließen, daß Präsidentenvertreter mit ihren nicht nur ein Föderationssubjekt umfassenden Föderalen Bezirken eines Tages versuchen werden, sich von Moskau zu entfernen.<sup>68</sup>

Die Entsendung eines Vertreters des Republikpräsidenten bzw. Gouverneurs sowie des Vorsitzenden der regionalen Volksvertretung in den Föderationsrat machte ebenfalls keine Verfassungsänderung erforderlich, denn Verfassungsartikel 95 schreibt im zweiten Absatz nur vor, daß aus jedem Föderationssubjekt je ein Vertreter aus dem Exekutiv- und aus dem Legislativorgan in den Föderationsrat entsandt wird, also nicht unbedingt der Gouverneur oder der Parlamentssprecher selbst.

Putin versucht offensichtlich eine Stärkung der Zentralgewalt hart am Rand schwer erreichbarer Verfassungsänderungen. Für eine Verfassungsänderung außerhalb der für eine normale Verfassungsänderung unzugänglichen Kernbereiche der Verfassung (Kapitel 1, 2 und 9) wäre

---

<sup>68</sup> Interview in: Moscow News No. 23, 14.6.2000.

die Zustimmung von zwei Dritteln der Staatsdumaabgeordneten, drei Vierteln der Föderationsratsmitglieder und zwei Dritteln der Gesetzgebungsorgane der Regionen erforderlich.

Der neue Erlass Putins und die neuen Gesetze sollen auf der einen Seite einen wirksamen Ansatz zur Beseitigung der Widersprüche zwischen föderalem und regionalem Recht schaffen, was für das normale Funktionieren eines Rechtsstaats nötig ist.<sup>69</sup> Auf der anderen Seite verliert das demokratisch legitimierte Verfassungsorgan Föderationsrat an Bedeutung. Es besteht die Gefahr, daß er nach einiger Zeit überhaupt für überflüssig gehalten wird. Anstelle von Politikern werden wohl in Zukunft Beamte im Föderationsrat sitzen, die in Moskau kein eigenes politisches Gewicht haben dürften. Zudem ist der Vertreter des Präsidenten bzw. Gouverneurs nicht wirklich demokratisch legitimiert. Wenn man schon das amerikanische System kopieren will, das auch nicht die Gouverneure in den Senat entsendet, so hätten man sich dazu durchringen sollen, die Vertreter der Regionen wie die Senatoren auch zu wählen. Die Staatsduma hatte dies vorgeschlagen, war aber bei der Präsidialadministration und bei den Republikpräsidenten/Gouverneuren auf Widerstand gestoßen.<sup>70</sup>

Daß eine so große Mehrheit der Föderationsratsmitglieder letztlich für ihre eigene Entmachtung stimmte, lag wohl daran, daß ihr ablehnendes Votum von zwei Dritteln der Staatsdumaabgeordneten, die für eine Schwächung der rivalisierenden ersten Parlamentskammer und infolge davon für die indirekte Stärkung ihres Hauses sind, leicht hätte überstimmt werden können. Hinzu kommt, daß die meisten Präsidenten und Gouverneure auf die finanzielle Unterstützung ihrer Region durch Moskau angewiesen sind, die sie sich nicht verscherzen wollten.

---

<sup>69</sup> Es ist bisheriger mangelnder politischer und administrativer Kontrolle zuzuschreiben, daß in den vergangenen Jahren in 19 von 20 Republikverfassungen Bestimmungen aufgenommen wurden, die im Widerspruch zur föderalen Verfassung stehen (so in den Verfassungen der Republiken Tatarstan, Baschkortostan, Sacha [Jakutien], Tuwa und Inguschetien, die dem föderalen Zentrum Kompetenzen nur auf Vertragsbasis zugestehen, so daß ein solcher Vertrag vor der föderalen Verfassung Rußlands Vorrang hat) [Busygina, Irina, Der asymmetrische Föderalismus. Zur besonderen Rolle der Repbuliken in der Russischen Föderation, in: Osteuropa, 3, 1998, S. 246]. Nach Aussage des Beraters des Premierministers in Rechtsfragen, Sergej Schachraj, stimmt beispielsweise in der Verfassung der Republik Tatarstan nur der Artikel über die Staatsbürgerschaft mit der föderalen Verfassung überein. Acht Republiken zählen die Festlegung der Vorschriften zur Verhängung des Ausnahmezustands zu ihrer Zuständigkeit. Die Republik Tuwa beschließt sogar über Krieg und Frieden, behält sich ein Vetorecht gegenüber der Ernennung führender Militärs in der Republik durch Moskau vor und ernennt eigene Staatsanwälte und Richter. Auch unterhalb der Verfassungsebene gibt es eine Fülle von regionalen Gesetzen, die im Widerspruch zur föderalen Verfassung stehen; ihre Zahl wird im russischen Justizministerium auf mehrere Tausend geschätzt. In seiner Fernsehansprache am 21. Mai 2000 behauptete Putin, ein Fünftel aller auf regionaler Ebene verabschiedeten Gesetze stehe im Widerspruch zur Verfassung (Rossijskaja gazeta, 19.5.2000). Seit Januar 1999 zählte das Justizministerium in Moskau 347 neue regionale Rechtsakte, die der Verfassung bzw. den föderalen Gesetzen widersprechen (Nezavisimaja gazeta, 31.5.2000). Dieser Wildwuchs wurde bislang von Moskau toleriert. Nun aber verlangte Putin in vier Erlassen vom 11. bis 16. Mai von den Republiken Inguschetien, Baschkortostan und Amur sowie vom Gebiet Smolensk, umgehend ihre dem föderalen Recht widersprechenden Gesetze zu streichen. 15 weitere derartige Erlasse werden von der Rechtsabteilung der Präsidialadministration vorbereitet.

<sup>70</sup> Lysenko, Wladimir, Reforma vlasti nabiraet oboroty, in: Nezavisimaja gazeta, 19.5.2000. Vgl. dazu: Heine mann-Grüder, Andreas, a.a.O., S. 979-990.



## 7.2 *Formierung der Medienlandschaft*

Ein zweites Ziel Putinscher Innenpolitik ist die Formierung einer kremlfreundlichen Medienlandschaft durch Bekämpfung der zwei bedeutendsten Medienmagnaten und deren kremlkritischer Medien – zunächst Wladimir Gussinskijs und seit einiger Zeit auch Boris Beresowskijs.

### 7.2.1 *Media-MOST: Wladimir Gussinskij*

Die Medien des Medienkonzerns Media-MOST unter Gussinskij stehen seit geraumer Zeit in Opposition zum Tschetschenienkrieg sowie zu Putin und unterstützten im Wahlkampf vor den Staatsdumawahlen den Wahlblock "Vaterland – Ganz Rußland" mit den Spitzenkandidaten Primakow und Lushkow. In seiner Rede vor der Föderalversammlung am 8. Juli 2000 ließ Putin seine Einstellung zu Media-MOST in der Bemerkung deutlich werden, daß die Pressefreiheit zu einem "Leckerbissen für Politiker und große finanzielle Gruppen" geworden sei und manchmal gar zu einem "Mittel massenhafter Desinformation", zu einem "Mittel des Kampfes mit dem Staat".<sup>71</sup>

Im Juni hatte der Sicherheitsrat eine "Doktrin zur Informationssicherheit" verabschiedet, in der es u.a. heißt, daß die Verbreitung von "unwahren oder einseitigen Informationen" die nationale Informationssicherheit Rußlands bedroht.<sup>72</sup> Anfang Juni kündigte Presseminister Michail Lessin die Einführung einer Unternehmenslizenz für alle Printmedien an. Nach internen Kremlüberlegungen sollen loyale Journalisten in leitende Positionen gebracht und soll gegen kritische Journalisten belastendes Material gesammelt werden.<sup>73</sup> Im Rahmen der Hauptverwaltung Innenpolitik, die vom Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration, Wladimir Surkow, geleitet wird, wurde im September eine Unterabteilung gebildet, die von Kremlmitarbeitern als "schnelle Eingreiftruppe" bezeichnet wird. Zu ihrer Aufgabe gehöre die Erarbeitung sogenannter aktiver Maßnahmen gegen diejenigen Massenmedien, die dem Kreml nicht genehm sind. Gemeint ist die Diskreditierung der betreffenden Medien und deren Journalisten.<sup>74</sup>

Zum Imperium von Media-MOST gehören<sup>75</sup> im Fernsehbereich der größte private Fernsehsender NTV, der inzwischen von über 70 Prozent der Bevölkerung empfangen werden kann, das Pay-TV NTV-plus, NTVi für die Ausstrahlung im Ausland, der osteuropäische Fernsehsender CME, das regionale Fernsehnetz TNT, der NTV-eigene TV-Satellit Bonum-1 sowie drei Fernsehproduktionsfirmen und Werbeagenturen. Besonders verhaßt ist im Kreml die sonntägliche satirische Sendung "Kukly" in NTV, in der Politikerpuppen in satirischen politischen Sketchen auftreten. Der Generalstaatsanwalt verlangte von Gussinskij nach dessen

---

<sup>71</sup> Rossijskaja gazeta, 11.7.2000.

<sup>72</sup> Text in: Rossijskaja gazeta, 28.9.2000.

<sup>73</sup> Novye Izvestija, 19.7.2000.

<sup>74</sup> Segodnja, 22.9.2000.

<sup>75</sup> Hübner, Peter, Pressefreiheit in Rußland. Großaktionäre als Zensoren?, Berichte des BIOst, 34-1998. Der Medienkampf Jelzin-Putin-Beresowski gegen Lushkow-Primakow-Gussinskij: Seine Folgen für die Duma- und die Präsidentschaftswahlen (Teil I und II). Aktuelle Analysen des BIOst, 5 und 6, 2000.

unrechtmäßiger Inhaftierung (siehe unten), daß die Putin-Puppe nicht mehr auftritt, was Gussinskij zunächst ablehnte.

Zu Gussinskij's Medienimperium gehören auch die Radiosender "Echo Moskaus" und FM Sport, außerdem die Tageszeitungen "Segodnja" und "Smena", das Nachrichtenmagazin "Itogi", die Programmzeitschrift "Sem' Dnej" und die Monatszeitschrift "Karavan". Im Internetbereich verfügt Gussinskij über den Dienstleister "Memonet". Zum "klassischen" Banken- und Industriebereich, aus dem Gussinskij 1997 den von ihm geleiteten Medienkonzern Media-MOST ausgegliedert hatte, gehören die MOST-Bank sowie die Firmen MOST-Investment, MOST-Development und MOST-Engeneering. Die MOST-Bank steht seit der Finanzkrise vom 18. August 1998, die einigen Banken die Existenz gekostet hatte, unter Aufsicht der Zentralbank.

Gussinskij's neuerliche Schwierigkeiten mit dem Kreml begannen im Sommer 1999, weil sich der Medienzar weigerte, in den damals bevorstehenden Wahlen zur Staatsduma die neue Partei der Macht, "Einheit", und im Präsidentenwahlkampf Putin zu unterstützen oder wenigstens ein Stillhalteabkommen abzuschließen.<sup>76</sup> Statt dessen förderte Gussinskij "Vaterland – Ganz Rußland" mit dem ehemaligen Premier Jewgenij Primakow und dem Moskauer Oberbürgermeister Jurij Lushkow an der Spitze, die beide heftig die Jelzin-Nomenklatura bekämpften. Daraufhin soll der Kreml verhindert haben, daß Gussinskij seine MOST-Bank verkaufen konnte. Mit dem Erlös wollte er angeblich seine Schulden bei der Außenhandelsbank begleichen.<sup>77</sup>

Im Oktober 1999 hatte Gussinskij ein längeres Gespräch mit Putin, in dessen Verlauf er die krieglerische Tschetschenienpolitik des Kreml kritisierte. Gussinskij konnte Putin nicht davon überzeugen, daß politische Konflikte wie der in Tschetschenien nur durch Kompromisse gelöst werden können. "Es war", so Gussinskij laut Spiegel-Bericht, "wie das Gespräch eines Tauben mit einem Stummen." Am Ende seiner Geduld hielt Gussinskij Putin entgegen: "Sie können die Tschetschenen vernichten, aber dann werden Sie Präsident eines Rußland, in dem ich nicht mehr leben will."<sup>78</sup>

Am 11. Mai dieses Jahres stürmten maskierte Männer der Steuerpolizei die Geschäftsräume von Media-MOST und beschlagnahmten Dokumente. Mitte Juni wurde Gussinskij drei Tage im schlechtesten Moskauer Gefängnis Butyrka inhaftiert. Die Haft wurde dank der Bemühungen der Anwälte Gussinskij's aufgehoben und durch eine Reisesperre ersetzt.

Ende Juni wurde Gussinskij's Stellvertreter, Igor Malaschenko, die Ausreise aus Rußland untersagt. Malaschenko hatte in den Tagen, in denen Gussinskij inhaftiert war, in Madrid und in Berlin, als sich Putin dort gerade zu politischen Gesprächen aufhielt, Pressekonferenzen über das Vorgehen der Staatsanwaltschaft bzw. des Kreml gegen Gussinskij abgehalten.

---

<sup>76</sup> Centr političeskich technologij (Hrsg.), Gosudarstvo protiv MOSTA. Moskau, Mai 2000.

<sup>77</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.7.2000.

<sup>78</sup> Der Spiegel, 25, 2000, S. 179.

Anfang Juli wurde Gussinskijs engster Vertrauer, sein Privatsekretär Michail Alexandrow, wegen angeblichem illegalen Waffenbesitz festgenommen.<sup>79</sup>

Mitte Juli beschlagnahmten Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft, die von FSB-Leuten begleitet wurden, Akten in den Räumen der Geschäftsführung von Media-MOST sowie des Senders NTV. Zudem wurde am 19. Juli Gussinskijs gesamtes Privatvermögen beschlagnahmt<sup>80</sup> – möglicherweise eine Revanche für einen NTV-Beitrag am 9. Juli, demzufolge der neue Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow eine 400.000 Dollar teure Eigentumswohnung von der Abteilung für Eigentum der Präsidentialadministration erhalten hatte.<sup>81</sup>

Gussinskij, der zugleich Präsident des Russischen Jüdischen Kongresses sowie Stellvertreter der Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses ist, wurde zunächst vorgeworfen, er habe manipulierte millionenschwere Kreditverträge mit dem vom Staat kontrollierten Erdgasgiganten GASPROM geschlossen, dann, sein riesiger konzerneigener Sicherheitsdienst, in dem viele ehemalige KGB-Mitarbeiter tätig sind, habe illegale Abhöreinrichtungen installiert. Schließlich wurde ihm vorgeworfen, er habe den Staat bei der Privatisierung des St. Petersburger Unternehmens "Russkoe Video" um 10 Mio. Dollar betrogen.<sup>82</sup>

Am 27. Juli wurde das Ermittlungsverfahren gegen Gussinskij aus Mangel an Beweisen eingestellt, die Beschlagnahmung seines Privatvermögens rückgängig gemacht und die Ausreisesperre aufgehoben. Gussinskij hatte sich in einem auch vom Presseminister Michail Lessin abgezeichneten Vertrag mit Gussinskijs Hauptgläubiger GASPROM verpflichtet, als Gegenleistung und zur Tilgung seiner Schulden gegenüber GASPROM, das bereits 30 Prozent der NTV-Aktien hält, den Sender an GASPROM-Media zu verkaufen.<sup>83</sup> GASPROM-Media besitzt bereits 48,3 Prozent der Media-MOST-Aktien.<sup>84</sup> GASPROM hatte Media-MOST einen Kredit in Höhe von mehreren Millionen Mark gewährt, von dem behauptet wird, daß er zu zweifelhaften Bedingungen bewilligt wurde. Putin kritisierte während seines Deutschlandbesuchs im Juni 2000 GASPROM öffentlich dafür, daß der Gaskonzern mehrmals die Schulden Gussinskijs bezahlt habe.<sup>85</sup> Da der russische Staat 36 Prozent der GASPROM-Aktien besitzt, könnte er auf diesem Weg möglicherweise Einfluß auf die Personalpolitik von NTV und damit auf dessen bisher kremlkritische Fernsehprogramme ausüben. Nach seiner Freilassung und Ausreise erklärte Gussinskij den Vertrag für ungültig, da er einer Erpressung gleichkam. Daraufhin wurden die Anteile Gussinskijs an Media-MOST-Unternehmen in Rußland eingefroren, während Presseminister Lessin, der den Vertrag

---

<sup>79</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.6.2000.

<sup>80</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.7.2000.

<sup>81</sup> Rossijskaja gazeta, 12.7.2000. Moskovskie novosti, No. 25, 27.6.-3.7.2000. Jamestown Monitor, Vol. VI, No. 141, 20.7.2000.

<sup>82</sup> Kölner Stadtanzeiger, 13.7.2000.

<sup>83</sup> Kommersant, 27.7.2000.

<sup>84</sup> Jamestown Monitor, Vol. VI, No. 147, 28.7.2000.

<sup>85</sup> Jamestown Monitor, Vol. VI, No. 146, 27.7.2000.

abgezeichnet hatte, nur knapp seiner Entlassung entging.<sup>86</sup> GASPROM versucht – bisher vergeblich –, Gussinskij zur Vertragserfüllung zu zwingen.

### 7.2.2 Boris Beresowskij

Im Unterschied zu Gussinskij ging Boris Beresowskij, der durch eine landesweite Fernsehkampagne in dem maßgeblich von ihm beeinflussten Ersten Russischen Fernsehkanal (ORT) im Herbst 1999 und im Frühjahr 2000 nicht unwesentlich zur Wahl Putins als Präsident beigetragen hatte, von sich aus auf Kollisionskurs zu Putin. Beresowskij ist Eigentümer eines Teils des nichtstaatlichen Aktienpakets des Ersten Russischen Fernsehkanals ORT.<sup>87</sup> (51 Prozent der ORT-Aktien gehören dem Staat, elf Prozent der Beresowskij-Firma LogoWAS und 38 Prozent der Gesellschaft "ORT-Bankenkonsortium". Von diesen gehören vier Fünftel der Beresowskij nahestehenden "Objedinjonnyj bank".) Weiter verfügt Beresowskij über den Fernsehsender TV 6 und über Anteile am regionalen russischen Fernsehnetz STS. Zu seinem Imperium gehören ferner die Tageszeitung "Nesawissimaja gaseta", die Zeitschrift "Ogonjok", die Autohandelskette LogoWAS, die "Objedinjonnyj bank" sowie Anteile an der Fluggesellschaft Aeroflot, am Erdölkonzern Sibneft, an Aluminiumkonzernen sowie an Firmen im Ausland.

Am 4. September beschuldigte Beresowskij, der schon 1999 Putins Tschetschenienpolitik indirekt kritisiert hatte, Putin in einem offenen Brief, ihn durch den Leiter der Präsidialadministration, Alexander Woloschin, erpreßt zu haben. Dieser habe Beresowskij ein Ultimatum gestellt, binnen zwei Wochen das von ihm kontrollierte ORT-Aktienpaket dem Staat zu übergeben, sonst drohe ihm dasselbe Schicksal wie Gussinskij.<sup>88</sup> Grund für das Ultimatum war die kritische Berichterstattung von ORT über das "Kursk"-Unglück und Beresowskijs Kritik an Putins Rezentralisierungsmaßnahmen, die er ebenfalls in einem offenen Brief hart kritisiert hatte. Da ORT jährlich 150 Mio. Dollar Verlust macht, geht es bei dieser Erpressung nicht um Geld. Putin will offenbar den letzten vom Kreml relativ unabhängigen Fernsehkanal unter seine Kontrolle bringen.

In seinem Brief zitiert Beresowskij die abfälligen Äußerungen, die Putin nach dem "Kursk"-Unglück über das Fernsehen gemacht hatte. Beresowskij ließ das Ultimatum verstreichen und übergab seine Aktienanteile für vier Jahre zur Verwaltung an Vertreter der Massenmedien und der schöpferischen Intelligenz und erwartet dies – höchstwahrscheinlich vergeblich – auch vom Staat.

Am 8. August hatte Beresowskij in einem dramatischen Aufruf, der u.a. auch von dem Schriftsteller Wassilij Aksjonow, dem Regisseur Stanislaw Goworuchin und dem Vordenker Gorbatschows, Alexander Jakowlew, unterzeichnet wurde, vor einem Rückfall in den Totalitarismus gewarnt und die Gründung einer neuen politischen Bewegung angekündigt.<sup>89</sup>

---

<sup>86</sup> Neue Zürcher Zeitung, 20.9.2000.

<sup>87</sup> Interfax, russ., 3.10.2000, zitiert nach: Monitor-Dienst der Deutschen Welle, 3.10.2000.

<sup>88</sup> Interfax, russ., 4.9.2000, zitiert nach: Monitor-Dienst der Deutschen Welle, 4.9.2000.

<sup>89</sup> Neue Zürcher Zeitung, 10.8.2000.

Mitte Juli hatte Beresowskij sein Mandat als Staatsdumaabgeordneter mit der Begründung niedergelegt, er möchte sich nicht an der Zerstörung Rußland beteiligen. Putin habe sich für das lateinamerikanische Modell entschieden: Marktwirtschaft und autoritäre Herrschaft.<sup>90</sup> Er wolle alle Macht im Kreml konzentrieren, die Staatsduma sei schon gleichgeschaltet und der Föderationsrat politisch entmachtet.

Gleichwohl sei Putin trotz seiner KGB-Vergangenheit der beste unter allen möglichen Präsidentschaftskandidaten gewesen. Doch nach der Wahl sei klar geworden, daß man eine Opposition schaffen müsse, die sich angesichts einer wankelmütigen Bevölkerung nur von oben her formieren könne.

### 7.2.3 *Einschätzung*

Nach Ansicht des Präsidenten der "Stiftung zum Schutz von Glasnost", Aleksej Simonow, bringt der Staat immer mehr Massenmedien unter seine Kontrolle. Der Grund für die Rückkehr von über 40 Prozent der Medien – vor allem in den Regionen – unter die Fittiche des Staates ist ihre wirtschaftliche Lage, die immer mehr ihre politische Orientierung bestimmt: Regierungstreue Medien haben bessere finanzielle Überlebenschancen als oppositionelle oder neutrale.<sup>91</sup>

Der Direktor des Instituts für politische Forschungen, Sergej Markow<sup>92</sup>, befürchtet, daß der Kreml bei dem Versuch, eine "lenkbare Demokratie" aufzubauen, bereit ist, zu weit zu gehen und viele Scherben zu hinterlassen. Er könnte vom Dialog mit den Massenmedien zur Herstellung totaler Kontrolle über sie übergehen. Ein Zwischenstadium könnte sein, daß es weiterhin freie Zeitungen gibt, die ohnehin nur noch in kleinen Auflagen erscheinen, daß aber das Massenkommunikationsmittel Fernsehen der Kontrolle des Kreml unterstellt wird.

## 7.3 *Zurückdrängung der Oligarchen*

Ein drittes wichtiges Vorhaben Putins ist offenbar die Zurückdrängung der Oligarchen in der Politik, wobei von der Justiz die Steuerpolizei und das Instrument der Eintreibung von Kreditschulden als Druckmittel eingesetzt wurde.

### 7.3.1 *INTERROS: Wladimir Potanin*

Ein weiterer Oligarch, gegen den neben Gussinskij und Beresowskij vorgegangen wurde, war Wladimir Potanin, dessen Unterschrift – neben 16 weiteren – unter einem offenen Brief an Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow stand, in dem die Entlassung Gussinskijs aus der Haft gefordert wurde. Potanin wird beschuldigt, beim Kauf von 38 Prozent der Aktien des größten Nickelproduzenten der Welt, den Staat um 140 Mio. Dollar betrogen zu haben. Potanin habe 1995 über die von ihm kontrollierte Onexim-Bank das Aktienkontrollpakt für 170 Mio.

---

<sup>90</sup> Nezavisimaja gazeta, 18.7.2000. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.7.2000.

<sup>91</sup> Interfax russ, 27.7.2000.

<sup>92</sup> Segodnja, 20.7.2000.

Dollar statt für 310 Mio. Dollar erworben.<sup>93</sup> Mit Potanin gerät auch Anatolij Tschubajs in die Schußlinie, denn zu jener Zeit war er Erster Stellvertretender Premier.

### 7.3.2 LUKOIL: Wagit Alekperow

Die Steuerpolizei ermittelt gegen das Management des größten russischen Ölkonzerns LUKOIL, der noch nicht völlig privatisiert ist, wegen des Verdachts der massiven Steuerhinterziehung in der Größenordnung von mehreren hundert Millionen Mark.<sup>94</sup> Präsident von LUKOIL, deren Aktien zu 27 Prozent in staatlichem Besitz sind, ist Wagit Alekperow, der zugleich Stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft der Ölproduzenten Rußlands ist.

### 7.3.3 AWTOWAS: Wladimir Kadannikow

Dem Autoproduzenten AWTOWAS, dessen Vorsitzender des Direktorenrats der ehemalige Erste Stellvertretende Premier Wladimir Kadannikow ist, wird vom Direktor der Steuerpolizei, Wjatscheslaw Soltaganow, vorgeworfen, 1996 280.000 PkW ("Lada") mit derselben Identifikationsnummer hergestellt und verkauft zu haben und somit den Staat um 600 Mio. Dollar betrogen zu haben. AWTOWAS verkaufte früher an Beresowskij's Firma LOGOWAS PKWs zum niedrigeren Exportpreis – er war niedriger, um die PKWs über den Preis auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen –, die dann LOGOWAS anschließend zum teuren Inlandspreis zu seinem finanziellen Vorteil verkaufte.<sup>95</sup>

### 7.3.4 JEES Rossii: Anatolij Tschubajs

Dem ehemals für die Privatisierung Regierungsverantwortlichen und heutigen Chef des riesigen russischen Stromverbunds "Vereinigte Energiesysteme" (russ. abgekürzt JEES), Anatolij Tschubajs, werden für die Jahre 1992-1998 zahlreiche Rechtsverletzungen vorgeworfen, vor allem durch den Verkauf von Aktien an westliche Investoren. Der Rechnungshof untersucht die Angelegenheit, legte aber dann eine mehrmonatige Pause ein.<sup>96</sup> Vergeblich verlangte Tschubajs am 14. Juli vom Verfassungsgericht die Aussetzung des Gesetzes, daß im Energiesektor nicht mehr als 25 Prozent der Aktien an Ausländer verkauft werden dürfen. Zur Zeit hält das Ausland 33,6 Prozent der Aktien von JEES.<sup>97</sup>

### 7.3.5 Runder Tisch

Um die Spannungen zwischen dem Präsidenten und den Oligarchen auszuräumen, schlug Boris Nemzow einen runden Tisch vor, an dem beide Gruppen teilnehmen sollten. Putin nahm diesen Vorschlag am 28. Juli an und lud zu einem Treffen 21 Oligarchen ein. Nicht eingeladen wurden Boris Beresowskij, der erst kürzlich sein Abgeordnetenmandat aus Protest gegen Putins Politik niedergelegt hatte, der mit Beresowskij verbundene Präsident der

---

<sup>93</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.6.2000. RFE/RL Newslines, Vol. 4, No. 131, Part I, 11.7.2000.

<sup>94</sup> Nezavisimaja gazeta, 12.7.2000. Jamestown Monitor, Vol. VI, No. 146, 27.7.2000.

<sup>95</sup> RFE/RL Newslines, Vol. 4, No. 133, Part I, 13.7.2000. Jamestown Monitor, Vol. VI, No. 136, 13.7.2000.

<sup>96</sup> RFE/RL Newslines, Vol. 4, No. 134, Part I, 14.7.2000. Segodnja, 15.7.2000.

<sup>97</sup> Segodnja, 15.7.2000.

Ölgesellschaft Sibneft, Roman Abramowitsch, der zugleich Staatsdumaabgeordneter ist, und Gussinskij. Tschubajts und der Bankier Mamut nahmen am Treffen nicht teil.<sup>98</sup>

Putin erklärte vor dem Treffen, daß er künftig sein Verhältnis zu den Oligarchen vom Maß der Unterstützung, das er von ihnen für seine Politik erhält, abhängig machen will. Auf dem Treffen, das sehr formal ablief und auf dem nur drei Oligarchen Rederecht erhielten, lehnte Putin eine Amnestie für die – meist korrupten – Privatisierungen im vergangenen Jahrzehnt ab. Auf der anderen Seite will er die Privatisierungen der letzten Jahre, durch welche die Oligarchen schnell zu Reichtum gekommen sind, nicht wieder rückgängig machen.<sup>99</sup>

### 7.3.6 *Einschätzung*

Für Premier Michail Kasjanow haben die Oligarchen ihre Immunität verloren, die sie früher dank ihrer engen Beziehungen zum Kreml besaßen. Der Vorsitzende der liberalen "Union der rechten Kräfte" und ehemalige Premier, Boris Nemzow, bezeichnete das Vorgehen Putins gegen die Oligarchen als den Anfang eines Krieges zwischen Business und Macht.<sup>100</sup> Tschubajts stellte unter den Unternehmern "Signale der Unruhe" fest, die "in Panik übergehen". Die Wirtschaft drohe, das Vertrauen in die Regierung zu verlieren. Putin müsse klarmachen, ob er weiterhin zu seinem Wort stehe, daß es keine Zurücknahme der Privatisierung in Rußland geben werde.<sup>101</sup>

## 8. **Ausblick**

Wie ist Putin zu beurteilen? Wird er nach dem Vorbild Pinochets Marktwirtschaft mit Autoritarismus in der Politik verbinden wollen? In diesem Sinne könnten seine Versuche, die Zentralgewalt zu stärken und eine politisch stromlinienförmige Medienlandschaft zu schaffen, verstanden werden. Auf Dauer kann eine Gesellschaft nicht in verschiedene Teilbereiche aufgeteilt werden, die sich unabhängig voneinander entwickeln. Das mag einige Zeit funktionieren. Aber ab einer gewissen Größenordnung des Abstandes zwischen der Wirtschaftsordnung und dem politischen System muß sich entweder das politische dem wirtschaftlichen System anpassen, oder die wirtschaftliche Entwicklung wird abgebremst.

Das Abbremsen der wirtschaftlichen Entwicklung infolge autoriärer Bestrebungen ist denjenigen Kräften gleichgültig, die eine autoritäre Entwicklung wünschen. Sie brauchen keine effiziente Wirtschaft, weil sie die Isolation Rußlands wollen. In den russischen regierenden Kreisen gibt es nach Meinung von Sergej Karaganow, Leiter des Rats für Außen- und Verteidigungspolitik und Stellvertretender Direktor des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften, eine starke Gruppierung, die nichts anderes als ein autoritäres Regime zur Stärkung ihrer Macht wünscht. Ausländische Investitionen, ausländisches Kapital und ausländischer Einfluß werden als eine Gefahr für die eigene Macht betrachtet.

---

<sup>98</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.7.2000.

<sup>99</sup> Neue Zürcher Zeitung, 29.7.2000. Jamestown Monitor, Vol. VI, No. 148, 31.7.2000.

<sup>100</sup> Financial Times, 11.7.2000.

<sup>101</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.7.2000.

Erschwerend kommt – laut Karaganow – hinzu, daß nach der "Zersetzung des Staates" und dem "Gefühl der Erniedrigung" infolge des "Zusammenbruchs der gesamten früheren Politik" in der russischen Gesellschaft eine autoritäre Führung erforderlich ist und von der Mehrheit der Bevölkerung – so kann man hinzufügen – nicht nur hingenommen, sondern wahrscheinlich sogar begrüßt wird. Eine andere Entwicklungsrichtung als die autoritäre kann sich Karaganow angesichts der innenpolitischen Situation in Rußland zur Zeit nicht vorstellen.<sup>102</sup>

Putin dürfte sich der Zusammenhänge von wirtschaftlicher und politischer Freiheit bewußt sein. Er wünscht keine Isolation seines Landes. Aber er bewegt sich im Machtfeld autoritär orientierter politischer Kräfte, die er ausbalancieren muß. Die Frage bleibt, ob er auf Dauer der Versuchung widerstehen wird, diesen autoritären Kräften nachzugeben und ob sich in der politischen Elite Menschen finden, die ihn dabei unterstützen.

Der für die Jelzin-Zeit typische Gegensatz Präsident–Parlament besteht unter Putin nicht mehr, da sich in der neuen Staatsduma eine Abstimmungskoalition von Kommunisten und "Einheit", der neuen "Partei der Macht", herausbildete, die fast 50 Prozent der Stimmen erreicht. Da Putins Politik auch in anderen Staatsdumafraktionen kaum auf Widerstand stößt, hätte Putin die Chance, daß Reformgesetze, die in der bisherigen Staatsduma keine Mehrheit fanden, im neuen Parlament bald verabschiedet werden.

---

<sup>102</sup> Interview in: Rossijskaja gazeta, 21.6.2000.





**Eberhard Schneider**

## **President Putin: Rise to Power and First Domestic-policy Steps**

Bericht des BIOst Nr. 29/2000

### **Summary**

#### *Introductory Observations*

The present study endeavours to trace Vladimir Putin's rise to power and to describe his first political steps as President. The author draws for the study upon Russian, American and German sources. The report also incorporates the results of conversations held by the author in Moscow with State Duma deputies, members of the Federation Council, representatives of the Russian Foreign Ministry and academics, including some from Putin's inner circle.

#### *Findings*

1. Vladimir Putin's predecessor as Prime Minister, Sergey Stepashin, was sacked by the then President Boris Yeltsin on 9th August 1999 after only three months in office because a) in the lead-up to the elections to the State Duma on 19th December 1999 he was not prepared to go into opposition to the Yeltsin "family's" enemy number 1, Moscow mayor Yury Luzhkov and his new political movement "Fatherland-All Russia", b) because he failed to comply with Yeltsin's wish that he take action before the State Duma elections to have the KPRF banned, and c) because he was not willing to take military action against Chechnya again. Yeltsin appointed Putin as Prime Minister and had no problem getting the State Duma to approve his choice.
2. Boris Yeltsin resigned as president on 31st December 1999 a) to give Putin, whom he considered a worthy successor, an incumbent's bonus for the forthcoming presidential election via the function of acting president, b) to bring forward the date for the presidential election forward by three months, because if the election had been held at the end of Yeltsin's scheduled term of office (June 2000), Putin could have lost popularity due to the expected setbacks in Chechnya, and c) so that Putin as president would return the favour by passing a decree granting Yeltsin life-long immunity.
3. Putin's biography is dominated by two professional experiences: on the one hand, his career as a foreign intelligence officer and later director of the domestic security service and, on the other, his teamwork with the reformist mayor of St. Petersburg, Anatoly Sobchak. Putin formulates his political objectives as being: to create a strong state power that is efficient, is based on law, is federally organised, and is counter-balanced by a civil society that, as yet, is present in only rudimentary form in Russia. The president's period

in office should be extended to seven years, and the election eligibility of the governors is to be preserved. In Chechnya there could only be a political solution, following two years of direct presidential administration. Putin portrays himself as a staunch advocate of market economy and private ownership. State intervention in economic affairs should be guided by the principle: "as much government as necessary, as much freedom as possible". Russia was, is and will continue to be a superpower. If the European Union were interested, the next decade could lead to higher forms of co-operation between Russia and the EU. If NATO were to transform itself into a political organisation and wanted to work together with Russia, then it would be possible to talk about Russia joining NATO.

4. In the presidential election, Putin achieved an absolute majority of 52.9 percent of the vote in the first round, against eleven other candidates. The electoral turn-out, at 68.7 percent, was slightly lower than in 1996. Putin's main opponent, KPRF chairman Gennady Zyuganov, at 29.2 percent, fell slightly short of his 1996 result (32.0 percent).
5. In the meantime, evidence has emerged of large-scale vote rigging and voter manipulation in various republics and regions. The intention was probably to ensure an adequate voter turn-out (50 %) and a result of over 50 percent for Putin in the first round, in order to avoid a run-off. It is doubtful whether Putin ordered the cheating himself, especially since such practices, as soon as they come to light, mar his reputation as a democrat and he would most probably have won a run-off against Zyuganov anyway.
6. Putin put together a new team consisting of people who either came from St. Petersburg and had worked with him there (1990-1996; German Gref [Minister for Economic Development and Trade], Dmitriy Kosak [Deputy Head of the Presidential Administration], Vladimir Kozhin [chargé d'affaires to the president], Aleksey Kudrin [Deputy Prime Minister and Finance Minister], Dmitriy Medvedev [1st Deputy Director of the Presidential Administration], Leonid Reyman [Minister for Communication and Informatization], Yury Shevchenko [Minister of Health], Igor Sechin [Head of the President's Office]) or who came from the Federal Security Service (FSB) (Yury Saostrovskiy [Deputy Director of the FSB], of which Putin had been in charge from July 1998 to August 1999. In some cases, indeed, both of these attributes fit (Sergey Ivanov [Secretary of the Security Council], Viktor Ivanov [Personnel Director to the President], Nikolay Patrushev (Head of the FSB), Viktor Cherkessov [Governor General of the North-West Federal District]. Putin retained the following members of the Yeltsin "family" in important functions: Mikhail Kasyanov as Prime Minister, Aleksander Voloshin as Head of the Presidential Administration and Nikolay Aksyonenko as Minister for the Railways.
7. The new president's first political initiatives have up to now pointed in three directions: strengthening of the central powers at the expense of the regions, formation of a media landscape subservient to the Kremlin, and keeping the oligarchs out of politics. With his decree of 13th May 2000, Putin reduced the number of representatives of the president in the subjects of federation from 89 to seven, who are responsible for larger units, known as "Federal Districts". These are largely congruent with the military districts. Of the president's seven authorised representatives, only two are civilians, five come from the

security structures of the army, the police and the FSB. To enhance the status of the new presidential representatives, they were appointed members of the Security Council. They were also each assigned a Deputy Attorney General.

8. With his amended Act on the Constitution of the Federation Council dated 5th August 2000, Putin pushed through a change to the effect that, instead of the presidents of the republics/ governors and the chairmen of the regional parliaments, only their representatives are members of the Federation Council, serving as full-time parliamentarians. The amendment to the Act on the Executive and Legislative Organs of the Regions dated 29th July 2000 authorises the president, under certain circumstances and in rather a complicated procedure, to dismiss presidents of the republics/governors and to order the dissolution of regional parliaments. Amendments to the Act on Local Self-Administration dated 4th August 2000 give the president the right, in accordance with defined procedures, to call for the dissolution of local councils and to dismiss the heads of local administrations, i.e. the mayors, if a court has ruled that they have passed or approved bye-laws that contradict the federal constitution or federal laws.
9. On 1st September 2000, Putin passed a decree forming a State Council to which all 89 presidents and governors of the subjects of federation belong. This new State Council which, like its seven-member presidium, is chaired by the President, by no means makes up for the disempowerment of the Federation Council. It gives the regional presidents and governors the opportunity to meet in Moscow at least four times a year for consultations. Since the State Council has only an advisory function, there was no need to amend the Constitution, which makes no provision for the new body.
10. Putin is obviously trying to strengthen the central powers by sidelining constitutional amendments, for which it is difficult to get a majority. But even if the institution of the seven Federal Districts makes it possible to constrain separatist tendencies on the part of individual subjects of federation, this does not necessary rule out the possibility of the new presidential representatives (governors general) with their Federal Districts comprising several subjects of federation attempting one day to distance themselves from Moscow.
11. Putin's decree on the Federal Districts and the new laws are intended to create an effective instrument for eliminating the discrepancies between federal and regional law, as is essential if a state based on the rule of law is to function properly. But at the same time it detracts from the importance of the Federation Council, a democratically legitimated constitutional body. What is more, the representatives of the regional presidents/governors are not democratically legitimated.
12. Also high on the list of Putin's domestic-policy objectives is obviously to tame influential media that are critical of the Kremlin. An attempt was made to force the media magnate Vladimir Gusinsky, majority owner of the debt-ridden media group Media-MOST, to sell his share in the anti-Kremlin television network NTV and in Media-MOST to GASPROM-Media, a branch of the partly state-owned GASPROM group. Media magnate Boris Beresovsky was given an ultimatum to transfer his shares in the First Russian

Television channel (ORT) to the state. Both of these bullying attempts have been unsuccessful up to now. There are initial signs to indicate that the Kremlin is trying to build up a "steerable democracy" that is striving to gain complete control over the mass media. It is by all means conceivable that, even if free newspapers remain in circulation in low numbers for the time being, the nation-wide transmissions of the large television networks, as the most important instruments of mass communication, will increasingly be brought under the control of the Kremlin.

13. The third among Putin's major projects is to curb the political influence of the oligarchs; the courts, the tax police, and the instrument of debt collection are all being employed to this end.
14. Putin is operating in the power arena of political forces with authoritarian tendencies, which he is at pains to balance against each other. The question remains whether, in the long term, he will be able to resist the temptation to give in to these authoritarian forces and whether he will find people among the political elite who will back him in standing firm. The deadlock between president and parliament (the State Duma) that was typical of the Yeltsin era is no longer present under Putin. There is a good chance that reform legislation for which there was no majority in the old State Duma could make it through the new parliament.